





Das zwischen 1908 und 1911 erbaute neue Lehrerseminar beherbergt seit 1966 als Alte Kurfürstliche Gymnasium (StadtA Bensheim, Fotosammlung).



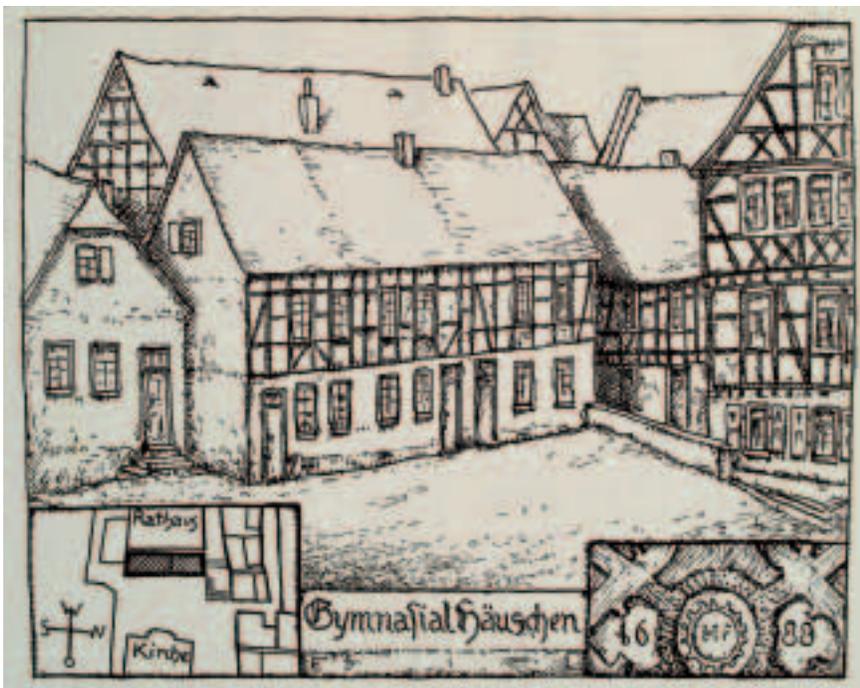
Abiturientenklasse des Gymnasiums Bensheim, Jahrgang 1911 (Festschrift 275 Jahre Altes Kurfürstliches Gymnasium Bensheim, Bensheim 1961, S. 27).

## Das Bensheimer Schulwesen im 19. Jahrhundert: Säkularisierungskonflikte am Beispiel der Höheren Bildung und der Fortbildung

Bevor Bensheim 1803 hessisch wurde, gab es dort zwei Schulen: die Stadtschule für Jungen und Mädchen und die Lateinschule ausschließlich für Jungen. Diese Schulen wurden insgesamt von rund 300 Schülern besucht; von ihnen gingen etwa 20 Jungen auf die Lateinschule.

Über hundert Jahre später, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, gab es in Bensheim das Gymnasium, das erst ab 1956 Altes Kurfürstliches Gymnasium genannt werden sollte, die katholische Volksschule für Jungen und Mädchen, die der Volksschule angeschlossene Fortbildungsschule für Jungen, die evangelische Volksschule, die Vorschule des Gymnasiums, die Taubstummenanstalt, die Höhere Töchterchule, das Institut der Englischen Fräulein, die Gewerbeschule und das Schullehrerseminar mit simultaner (gemischt-konfessioneller) Musterschule. Insgesamt wurden diese Schulen von mehr als 1.500 Schülern besucht, von denen knapp 300 Gymnasiasten waren. Diese Vielfalt an Schulen brachte Bensheim den Ruf als „Stadt der Schulen“<sup>1</sup> ein. Während man heute diese Vielfalt positiv würdigt, war der tatsächliche Entstehungsprozess Ausdruck großer Konflikte.

Einen dieser Konflikte zeigt die Bevölkerungsentwicklung. Als 1804 das Gymnasium gegründet wurde, hatte Bensheim 3095 Einwohner.<sup>2</sup> Von ihnen waren 3.057 Katholiken, 18 Protestanten und 20 Juden. In Prozenten ausgedrückt heißt das: 98,8 % waren Katholiken, knapp 0,6 % waren Protestanten und etwa 0,6 % waren Juden. 1910 hatte die Stadt 8909 Einwohner, davon 6.029 Katholiken, 2.692 Protestanten und 166 Juden. Ebenfalls in Prozenten ausgedrückt heißt das: ca. 67,7 % Katholiken, 30,2 % Protestanten, 1,9 % Juden, und 0,2 % waren ohne Konfession. Erstmals gab es also eine kleine Gruppe von Bensheimern, die aus der Kirche ausgetreten war. Während sich demnach die absolute Zahl der Katholiken knapp ver-



Der Bau der 1686 gegründeten Lateinschule befand sich gegenüber dem Hauptportal der Georgskirche, direkt hinter dem Rathaus. Rekonstruktionszeichnung (Festschrift zur 250-Jahrfeier des Gymnasiums Bensheim an der Bergstraße 1686–1936, Bensheim 1936, nach S. 16).

<sup>1</sup> Peter Knapp: Bensheim – Stadt der Schulen. In: 1200 Jahre Bensheim, hrsg. vom Magistrat der Stadt Bensheim, Darmstadt 1966, S. 257-304.

<sup>2</sup> 1200 Jahre Bensheim (wie Anm. 1), S. 555.

doppelt hatte, ist die der Protestanten um etwa das 150fache gestiegen. Diese Veränderung ist mindestens so aufregend wie die in der Schullandschaft. Mehr noch: Sie ist eine der Ursachen für die Entwicklungen im Schulwesen. Wenn man nun noch bedenkt, dass Bensheim bis 1802/1803 Teil eines katholischen Staates – des Erzstifts Mainz – mit einem Fürstbischof an der Spitze war, von da an bis zum Ende des Ersten Weltkriegs zu einem protestantischen Fürstenstaat gehörte und schließlich nach 1918 Teil des säkularen Volksstaates Hessen wurde, so erkennt man eine zusätzliche Dimension der Entwicklung. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Bensheimer Schulentwicklung als ein Teilaspekt eines Prozesses dar, zu dem neben der Bevölkerungsentwicklung die Industrialisierung, die Verstaatlichung und nicht zuletzt die Demokratisierung gehören. Insgesamt kann man den Vorgang als Säkularisierungsprozess bezeichnen. Er war geprägt von sozialen, politischen und konfessionellen Konflikten auch und gerade in Verbindung mit der Schule.

### Das Bensheimer Gymnasium ab 1804

Als Bensheim – wie das gesamte Amt Starkenburg – nicht nur einem anderen Staat einverleibt wurde, sondern auch an Stelle des katholischen einen evangelischen Landesherrn bekam, gab es in Bensheim keine Proteste. Im Gegenteil, Schule und Schüler huldigten dem neuen Landesherrn.<sup>3</sup> Was sich nun änderte, könnte sogar als eine Verbesserung der Verhältnisse bezeichnet werden. Die bisherige Lateinschule wurde zum Gymnasium aufgewertet und erhielt neue Räume im Hospitalgebäude. Zu den beiden geistlichen Lehrern, den so genannten Benefiziaten, kamen zwei weitere Lehrer hinzu, die allerdings auch für die ebenfalls 1804 gegründete Normalschule, eine Lehrerbildungsanstalt, zuständig waren. Zwar wurde im Rahmen dieser Maßnahmen die Stadtschule zu einer reinen Volksschule abgewertet, aber dieser

Zwischen 1804 und 1840 war das Gymnasium im oberen Stockwerk des Hospitals der Stadt Bensheim untergebracht. Vignette einer Lithographie von Albin Hermann Georg Strauss, 1882 (Museum der Stadt Bensheim).



<sup>3</sup> Peter Fleck: Beiträge zur Geschichte des Bensheimer Schulwesens, Bensheim 1989, S. 58.

Bedeutungsverlust fiel zunächst gar nicht weiter auf, denn die Lateinklasse der Stadtschule wurde bis 1822 noch nicht, wie eigentlich vorgesehen, ins Gymnasium integriert. Insofern konnte man den Eindruck haben, dass zwar nicht alles beim Alten blieb, aber dennoch keine Interessensgruppe der Stadt geschädigt wurde. Man könnte es auch so sagen: Trotz des neuen Landesherren, trotz der neuen Staatsbehörden, blieben die Bensheimer Schulen ganz in katholischer Hand.

Dass die Einverleibung Bensheims keinen katholisch-konfessionellen Widerstand hervorrief, hatte auch damit zu tun, dass die katholische Kirche bis in die 1830er Jahre hinein deutlich geschwächt war. Denn „das Erzbistum und Kurfürstentum Mainz war in den Stürmen der französischen Revolution untergegangen.“<sup>4</sup> Eine Folge davon war, dass „die kirchlichen Gemeinden des ehemaligen Oberamtes Starkenburg [...] noch bis zum Jahre 1821 unter dem erzbischöflichen Generalvikariat zu Aschaffenburg [standen] und [...] erst den 6. Februar 1822 unter das Generalvikariat zu Mainz [kamen], welches seine Jurisdiktion über jene Gemeinden bis zum Jahre 1825 durch ein bischöfliches Kommissariat in Dieburg und von da an unmittelbar ausübte.“<sup>5</sup> Erst am 12. Januar 1830 erhielt das in seiner Zuständigkeit neu geordnete Bistum Mainz wieder einen Bischof, der nun Landesbischof des Großherzogtums Hessen war.<sup>6</sup>

Die Umwandlung der Lateinschule in ein Gymnasium veränderte den katholischen Charakter dieser Schule nicht. Schulaufsicht und Direktorat lagen weiterhin beim Bensheimer Pfarrer. Allerdings enthält der Studienplan für die Bensheimer Schulen<sup>7</sup> von 1804 deutlich aufgeklärte Gedanken, die mit ihrer Betonung der bürgerlichen Nützlichkeit nicht mehr ausschließlich auf die Priesterausbildung hinielen und damit auf Dauer auch verweltlichend wirken mussten.<sup>8</sup> Geistiger Vater dieses Konzepts war Karl Joseph von Wreden, ein katholischer Jurist und Geistlicher,<sup>9</sup> der 1803 in den hessischen Staatsdienst nach Darmstadt geholt wurde, wo er sich u.a. mit den Bensheimer Schulen zu befassen hatte. Nach von Wredens Konzept sollte das Gymnasium *eine Einrichtung [bekommen], daß zwar alle Kenntnisse, so als Vorbereitung zu den höheren Wissenschaften anzusehen sind, darauf vorgetragen werden, daß aber auch solche Jünglinge, die sich keiner sogenannten Fakultätswissenschaft widmen wollen, mit Übergehung der toten Sprachen an demjenigen Realunterricht teilnehmen können, der ihnen in ihrem bürgerlichen Leben nützlich sein kann, was bei dem mathematischen, geographischen, naturgeschichtlichen und deutschen Sprachunterricht häufig der Fall ist.*<sup>10</sup>

Zu den Unterrichtsfächern, mit denen dieses zweigleisige Konzept umgesetzt werden sollte, gehörten *Religion- und Sittenlehre, deutsche Sprachlehre und Rechtschreibung, lateinische und griechische Sprachlehre, Ästhetik, Dicht- und Redekunst, Mythologie und Altertümer, Mathematik, Erdbeschreibung, Geschichte, Naturgeschichte und Psychologie.*<sup>11</sup> Bei der konzeptionellen Erläuterung dieser Fächer wurde darauf geachtet, neben dem Bildungsgehalt den nützlichen Aspekt nicht zu vernachlässigen, wobei zur Nützlichkeit auch gehörte, dass die Lehrgegenstände einen Beitrag zur Sittlichkeit darstellen mussten. So heißt es z.B. zum Fach Religion: *Vorzüglich muß [den Schülern] die Übereinstimmung des göttlichen Sittengesetzes mit den natürlichen und vernünftigen Anlagen des Menschen gezeigt und recht anschaulich gemacht werden, daß Religion nicht nur Glauben, nicht nur Sache der Kinder- und Schuljahre, sondern des geschäftigen Lebens sei.*<sup>12</sup> Für die Geographie sollte die Produkten-Karte von Crome angeschafft werden, was eine an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen ausgerichtete Unterrichtskonzeption bedeutete.<sup>13</sup> Im Hinblick auf die Deutsche Sprachlehre heißt es, *sie sei für jeden Geschäftsmann, ja für jeden gebildeten Menschen Hauptbedürfnis.*<sup>14</sup> Die in der Orientierung an der Nützlichkeit sich zeigende programmatische Nähe zur Volksschule wurde in den im Studienplan enthaltenen methodischen Hinweisen verstärkt. Dort heißt es bezüglich der Lehrart, dass im

<sup>4</sup> Heinrich Dinges: Die Geschichte des Bensheimer Gymnasiums, 1. Teil (Programm des Großherzoglichen Gymnasiums zu Bensheim für das Schuljahr 1886-1887), Darmstadt 1887, S. 28.

<sup>5</sup> Dinges (wie Anm. 4) S. 29.

<sup>6</sup> Siehe Dinges (wie Anm. 4), S. 29. Siehe auch: Friedhelm Jürgensmeier: Das Bistum Mainz, Frankfurt 1988, S. 260–280.

<sup>7</sup> Abgedruckt in Fleck, Beiträge (wie Anm. 3), S. 251–266.

<sup>8</sup> Zum Gymnasium in jener Zeit siehe: Manfred Fuhrmann: Latein und Europa. Geschichte des gelehrten Unterrichts in Deutschland von Karl dem Großen bis Wilhelm II., Köln 2001, S. 113–155. Auch: Margret Kaul: Das deutsche Gymnasium 1780-1980, Frankfurt 1984, S. 28–46.

<sup>9</sup> Dinges (wie Anm. 4), S. 30.

<sup>10</sup> Studienplan für die Bensheimer Schulen vom 18. Mai 1804. In: Fleck, Beiträge (wie Anm. 3), S. 258.

<sup>11</sup> Studienplan (wie Anm. 10), S. 258.

<sup>12</sup> Ebd., S. 259.

<sup>13</sup> Zu August Friedrich Wilhelm Crome siehe: Rolf Haaser: Spätaufklärung und Gegen- aufklärung, Darmstadt und Marburg 1997, S. 168–229.

<sup>14</sup> Studienplan (wie Anm. 10), S. 259.

Gymnasium dieselben *Bestimmungen ein[treten], die schon oben, wo von dem Volksunterricht die Rede war,*<sup>15</sup> erwähnt wurden. Grundsätzlich sollte die Lehrart [...] daher analytisch, die Form katechetisch oder sokratisch sein.<sup>16</sup> Ausdrücklich wird in § 21 darauf hingewiesen, dass das Ziel des gymnasialen Unterrichts *nicht nur die Bildung des Verstandes, sondern auch sittliche Ausbildung*<sup>17</sup> ist. Deshalb sei immer darauf zu achten, dass der sittliche Aspekt der Lehrgegenstände, vor allem im Religions- und im Geschichtsunterricht, aber auch in Naturgeschichte und Mythologie, herausgearbeitet werde. Den Schülern des Gymnasiums wurde nahe gelegt, *ebenfalls an dem Industriegarten gleichen Anteil mit jenem der Volksschule zu nehmen*.<sup>18</sup> Die Gymnasiasten sollten lernen, wie man Obstbäume beschneidet, Bienenkörbe herstellt, Fischernetze flickt usw. Die im Hinblick auf die Volksschule formulierte Begründung galt genauso für die Schüler des Gymnasiums: *Industrie erhält Ruhe, Ordnung, Aufmerksamkeit auf der Schule, gewöhnt zu früher Arbeitsamkeit, befördert Wachstum und Gesundheit, erzeugt Fleiß, Wohlstand und Sittlichkeit und verstopft die Quellen der Armut und Sittenlosigkeit*.<sup>19</sup>

Dieses ausgesprochen ambitionierte Konzept überforderte allerdings sowohl die Lehrer als auch die Schüler und Eltern. Es wurde in seiner radikalen Form nicht eingehalten, wie die Zusätze aus dem Jahre 1809<sup>20</sup> deutlich machen, die sich kritisch mit der Umsetzung des Studienplans beschäftigten. Man könnte diese Kritik dahingehend zusammenfassen, dass die Lehrer deutlich stärker auf die Leistungen der Schüler achten sollten. Außerdem war der im Konzept vorgesehene Realienunterricht vernachlässigt worden. In Zukunft sollte „auf die Fortschritte in Naturkunde und Naturgeschichte mehr Rücksicht“ genommen werden. Diese Fächer seien nicht länger „als Nebensache [zu] betrachten.“<sup>21</sup> Tatsächlich erhielt das Gymnasium erst in den 1850er Jahren echten naturwissenschaftlichen Unterricht.

Die Schuld an dem schlechten Zustand der Bensheimer Schulen, der Volksschule und des Gymnasiums, wurde nicht nur den nachlässigen Lehrern bzw. der Schule selbst gegeben; vielmehr sah man eine Ursache „in der mangelhaften häuslichen Erziehung so mancher Schüler.“<sup>22</sup> Die Lehrer sollten künftig stärker „auf das Betragen ihrer Schüler“<sup>23</sup> achten und diese „durch unerwartete Besuche“<sup>24</sup> zu Hause überraschen. Außerdem sei „der Besuch der Tanzböden und Wirtshäuser [...] scharf und im Wiederholungsfall selbst mit Ausweisung aus dem Gymnasium zu bestrafen.“<sup>25</sup> Diese Anordnungen richteten sich besonders gegen die auswärtigen Schüler, die in Bensheim als Pensionsgäste in Gastfamilien untergebracht waren, und natürlich gegen diese Gastfamilien selbst. Diesen wurde vorgeworfen, wegen der Pensionsgelder die sittliche Aufsicht zu vernachlässigen.

Die erste einschneidende Veränderung in der Verfassung des Bensheimer Gymnasiums nach 1804 wurde 1831 bzw. 1834 vorgenommen und geht zu einem Teil auf die Bevölkerungsentwicklung Bensheims zurück. Der Studienplan von 1804 setzte den Bensheimer Ortspfarrer als Direktor des Gymnasiums ein. Mit dem Ausscheiden von Dr. Franz Joseph Herold aus dem Bensheimer Pfarrdienst im Jahre 1831 endete das geistliche Direktorat des Gymnasiums.<sup>26</sup> 1831 übernahm Joseph Helm zunächst provisorisch das Amt des Direktors. Auch wurden Verhandlungen zwischen der Stadt Bensheim, dem Bischöflichen Ordinariat in Mainz und den Behörden in Darmstadt über die zukünftige Leitung der Schule geführt. In Darmstadt war man der Ansicht, dass *die Direktion des Gymnasiums zu Bensheim fernerhin mit dem Pfarramte nicht mehr vereinbar sei, vielmehr die Leitung dieses Gymnasiums eine ungeteilte Manneskraft* erfordere.<sup>27</sup> Tatsächlich ging es den Schulbehörden um die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Gymnasiums.<sup>28</sup> Das erst 1830 neu gebildete Bischöfliche Ordinariat in Mainz stimmte dieser Auffassung zu, weil *die Seelsorge der im Laufe der Zeit stark vermehrten Pfarrei durch die Obliegenheiten der Direktion einer Anstalt, an welche die fortgeschrittene Zeit ebenfalls höhere Anforderungen stelle, zu sehr beein-*

<sup>15</sup> Ebd., S. 262.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Ebd., S. 263.

<sup>18</sup> Ebd., S. 261.

<sup>19</sup> Ebd., S. 254.

<sup>20</sup> Zusätze zu der Bensheimer Studienordnung vom 18. Mai 1804, welche gemacht wurden 1809. In Fleck: Beiträge (wie Anm. 3), S. 266–270. Siehe auch Dinges (wie Anm. 4), S. 41–47.

<sup>21</sup> Dinges (wie Anm. 4), S. 43.

<sup>22</sup> Ebd., S. 45.

<sup>23</sup> Ebd.

<sup>24</sup> Ebd.

<sup>25</sup> Ebd.

<sup>26</sup> Ebd., S. 32.

<sup>27</sup> Zitiert nach: Heinrich Dinges: Die Geschichte des Bensheimer Gymnasiums, 2. Teil, Darmstadt 1887, S. 3.

<sup>28</sup> Dinges (wie Anm. 27), S. 3.

*trächtigt werde.*<sup>29</sup> Auch die finanziellen Veränderungen, es ging um die insgesamt nicht ganz einfache Verteilung der Pfründen auf Pfarrer, Direktor und die Benefiziaten,<sup>30</sup> wurden damals zwischen Kirche, Stadt und Staat einvernehmlich geregelt. 1834 wurde schließlich Joseph Helm von Großherzog Ludwig II. definitiv zum ersten weltlichen Direktor des Bensheimer Gymnasiums ernannt. In Zukunft oblag diese Ernennung dem Staat. Die katholische Kirche konnte von nun an nur noch über die Benefiziaten und den Benefiziaten- und Schulfonds unmittelbaren Einfluss auf die Geschicke dieser Schule nehmen.

## Die Gründung des Bensheimer Lehrerseminars 1821

Im symbolischen Jahr 1817 – 300 Jahre nach der Reformation – wurde in Friedberg ein protestantisches Lehrerseminar gegründet. Da es aber im Großherzogtum Hessen inzwischen einen bedeutenden katholischen Bevölkerungsanteil gab, wurde für die Katholiken Hessens 1821 in Bensheim ebenfalls ein Lehrerseminar eingerichtet. Schon einige Jahre vorher begann man mit der Ausarbeitung eines schlüssigen Konzepts, das der Normalschule vorher fehlte.<sup>31</sup> Wieder war – wie beim Gymnasium – Karl Joseph von Wreden der geistige Wegbereiter. Er bat den Leiter des Rastatter Lehrerseminars, Ignaz Demeter, darum, ein Programm für die katholische Lehrerbildung im Großherzogtum Hessen zu entwickeln. Von Demeter stammte der Vorschlag, Michael August Ries, einen jungen Geistlichen, zum Leiter der Bensheimer Einrichtung zu machen. Ries nahm diese Stelle u.a. unter der Bedingung an, dass im Seminar „bloß nach Demeters Grundsätzen für die Lehrer gelehrt“<sup>32</sup> werden sollte. Folgt man der Darstellung Berlets, dann war die Anstellung von Ries tatsächlich ein Glücksgriff. Er sei ein Mann gewesen, der nicht nur



Das Bensheimer Lehrerseminar war zwischen 1821 und 1911 in einen Teil des alten Kapuzinerklosters an der Obergasse zuhause. Dieser Komplex nördlich des Rathauses wurde am Ende des Zweiten Weltkriegs zerstört. Vignette einer Lithographie von Albin Hermann Georg Strauss, 1882 (Museum der Stadt Bensheim).

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> Ebd., S. 3f.

<sup>31</sup> Siehe dazu: Eduard Berlet: Lehrerbildung in Hessen-Darmstadt 1770–1918, Darmstadt und Marburg 1987, S. 125–128.

<sup>32</sup> Ebd., S. 129.

<sup>33</sup> Ebd., S. 130.

„das gesamte pädagogische Schrifttum seiner Zeit“<sup>33</sup> kannte und dessen „Ideen [...] der Aufklärung nahe[standen],“<sup>34</sup> sondern darüber hinaus vor allem „seine Stärke auf dem Gebiete der praktischen Lehrerbildung“<sup>35</sup> hatte. Michael August Ries leitete das Seminar bis zu seinem frühen Tod im Jahre 1835. Berlet würdigt Ries als einen Pädagogen, der versucht habe, „den Zeitgeist mit der Religion zu vereinigen.“<sup>36</sup> Als Theologe sei er zwar „von den Fundamentalirrtümern der Aufklärungszeit, die durch die Schule Kants an der [Wiener] Universität Eingang gefunden hatten“,<sup>37</sup> geprägt gewesen; ihn zeichne aber aus, dass er von Karl Joseph von Wreden, dem für die katholischen Schulen verantwortlichen Staatsrat im Großherzogtum Hessen, ausgesucht wurde, der einst „für die Emser Puntation“<sup>38</sup> gekämpft habe. Diese Emser Puntation war im ausgehenden 18. Jahrhundert der letztlich vergebliche Versuch, eine katholisch-deutsche Nationalkirche im Geist der Aufklärung zu gründen, die von der Vormundschaft des Papstes in Rom befreit war.<sup>39</sup> Gerade von dieser Richtung in der katholischen Kirche versuchten sich nach 1848 die Ultramontanen und auch Bischof Ketteler in Mainz abzugrenzen.

Beide großen Neuerungen im Bensheimer Schulwesen im frühen 19. Jahrhundert, der Studienplan von 1804 und das Lehrerseminar von 1821, gehen auf Karl Joseph von Wreden zurück und sind von einem ähnlichen Gedanken gut geprägt. Sowohl das Gymnasium als auch das Lehrerseminar versuchten sich den Anforderungen der Zeit zu öffnen, ohne dabei ihre katholische Identität zu verlieren. Beide Schulen sollten nützlich sein und *wohlunterrichtete Bürger des Staates [...] bilden*.<sup>40</sup> Sie blieben auf katholisch-christlichem Boden, indem sie in der religiösen Erziehung die Bedingung für die Wahrung der Sittlichkeit sahen. Beide Konzepte hatten ihre Wurzeln im aufgeklärten Denken des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Vor allem das Gymnasium sollte auf alle höheren Anforderungen des bürgerlichen Lebens vorbereiten: Auf den Kirchendienst, also das Theologiestudium, auf die Beamtenkarriere, also das Staatsexamen, und auch auf das bürgerliche Erwerbsleben, wenn der Schüler den Schwerpunkt nicht auf die alten Sprachen legte.

### Soziale Spannungen: Die Bensheimer Jugend zwischen Schule und Arbeit

Das Bensheimer Lehrerseminar war als Internatsschule konzipiert. Dort konnte noch bis in die 1840er Jahre hinein mehr oder weniger störungsfrei unterrichtet werden. Dagegen zeigten sich in den anderen Bensheimer Schulen schon früher große Probleme, die durch die sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen hervorgerufen wurden.

Sichtbar wurden die sozialen Spannungen vor allem in der Problematik der Schulversäumnisse, die allerdings in erster Linie die städtische Volksschule betrafen. Der damalige Stadtschullehrer Franz Joseph Kunkel rechtfertigte in einem Schreiben vom 2. Dezember 1835 seine Überlastung vor allem mit den Schulversäumnissen. Er habe *vom 7. Mai bis 21. Nov[ember] [...] 456 Schulversäumnisse ohne Erlaubniß, 121 mit Erlaubniß u[nd] 94 krankheitshalber notiren [müssen]; mithin von 52 Sch[ü]l[ern] in einem Sommer Semester [...] 671 Versäumnisse*.<sup>41</sup>

Weil die Schulversäumnisse im Sommer häufiger auftraten als im Winter, wurde jeweils nach anderen Stundenplänen gearbeitet. Von der Provinzialschulbehörde wurde deshalb 1831 festgelegt, dass *die Schulstunden für das Sommersemester in den Pfarrschulen zu Bensheim dahin modifiziert [sind], daß bis Michaeli Nachmittags keiner, Vormittags aber drei Stunden Schulunterricht erteilt werden soll*.<sup>42</sup> Diese Regelung, die auch im Schuledikt von 1832 festgehalten wurde, versuchte den ländlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, so dass die Kinder im Sommer bei der Arbeit helfen konnten. Allerdings hat man in Bensheim nicht immer auf diese Bedürfnisse Rücksicht

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> Ebd.

<sup>37</sup> Ebd., S. 131.

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft, Band 2, 3. Aufl. Tübingen 1958, S. 462.

<sup>40</sup> Studienplan (wie Anm. 10), S. 251.

<sup>41</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/019.

<sup>42</sup> Ebd., IVG/004, 16. April 1831.



Schulversäumnisse von Kindern waren im 19. Jahrhundert auch in Bensheim keine Seltenheit. Wie auf diesem Foto vor 1900 halfen sie beispielsweise beim „Hobbe-Zobbe“, dem Hopfen-Zupfen, in der Heidelberger Straße (StadtA Bensheim, Fotosammlung).

genommen. Es gab Beschwerden, so dass die Bensheimer Stadtschule am 19. Juni 1842 darauf hingewiesen wurde, doch bitte die Sommerschulverordnung einzuhalten.<sup>43</sup>

Ein weiteres drängendes Problem war die Frage, was mit der schulentlassenen Jugend zu geschehen habe. Ihre Bildung entsprach nicht immer den Bedürfnissen des Gewerbes. Eingeschult wurden die Kinder mit sechs Jahren. Mit 13 oder 14 Jahren konnten sie die Stadtschule wieder verlassen. Das ist das Kommunion- bzw. Konfirmationsalter.<sup>44</sup> Die allgemeine Schulpflicht dauerte demnach vom 7. Lebensjahr bis zur Kommunion (oder Konfirmation). Wenn die Jungen weiter zur Schule gingen, besuchten sie die Lateinschule. Die Schulpflicht, so steht es im Edikt, *endet mit dem zurückgelegten 14. Jahre, wenn das Kind bis dahin hinreichende Befähigung in den unbedingten notwendigen Kenntnissen erlangt hat.*<sup>45</sup> Hatte das Kind diese Kenntnisse nicht erworben, so konnte es aber nicht länger als bis zur Kommunion/Konfirmation verpflichtet werden, die Schule zu besuchen.

### Die Fortbildungsschule von 1837/38 und die Existenzkrise des Gymnasiums

Auf die Problematik der schulentlassenen Jugend reagierte man auch in Bensheim schon ab den 1830er Jahren mit der Einrichtung von Fortbildungsschulen. Eine erste Gründung fand im Jahr 1837 statt. An ihr waren die Stadtschullehrer Lippert, Merz und Josef Anton Kunkel beteiligt.

Ihr Zweck sollte sein, *das in den Schulen Erlernte zu erhalten, zu verbessern, die Jugend im Rechnen, Zeichnen zu bilden, sie überhaupt zu ihrer künftigen Bestimmung als tüchtige Staatsbürger vorzubereiten.*<sup>46</sup> Die Erläuterung des Zwecks erinnert ganz stark an den Studienplan von 1804, in dessen Präambel es heißt: *Der Zweck aller Schulanstalten ist, rechtschaffene, tugendhafte, christlich denkende Menschen, brauchbare, wohlunterrichtete Bürger des Staates zu bilden.*<sup>47</sup> Allerdings war in dem Fortbildungskonzept von 1837 kein Religionsunterricht vorgesehen. Stattdessen waren die projektierten und schließlich auch unterrichteten Fächer: *1. Deutsche Sprache, Rechtschreiben Styl Uebung 2. Natur-Lehre, Natur-Geschichte, Geographie 3. Arithmetik, Formenlehre, Zeichnen; besonders für Bauhandwerker.*<sup>48</sup>

<sup>43</sup> Ebd., IVG/004.

<sup>44</sup> Erst unter Pius X. wurde 1910 die Erstkommunion ab dem 8. Lebensjahr zugelassen.

<sup>45</sup> Edikt, das Volksschulwesen in dem Großherzogthume überhaupt und insbesondere die Organisation der Behörden zur Leitung der Schulangelegenheiten betreffend, nebst der Instruction für die Ortsschulvorstände, der Bezirksschulcommission, des Oberschulrathes und der Instruction die Prüfung der Schulkandidaten betreffend, Darmstadt 1833, S. 8.

<sup>46</sup> HStAD, G 15 Bensheim Nr. M 245; Schreiben vom 3. Dezember 1837.

<sup>47</sup> Studienplan (wie Anm. 10), S. 251.

<sup>48</sup> HStAD, G 15 Bensheim Nr. M 245; Schreiben vom 3. Dezember 1837.

Der Unterricht sollte in den Wintermonaten von November bis Februar *von Abends 5–7 Uhr stattfinden*.<sup>49</sup> Als Unterrichtslokal war der Raum des Stadtschullehrers Lippert vorgesehen. Dieses Projekt bekam die volle Unterstützung des Bensheimer Kreisrats, der davon sprach, ein solcher Unterricht könne *in Bensheim nur von größtem Nutzen seyn*.<sup>50</sup> Immerhin wurde die Bensheimer Fortbildungsschule im Winter 1837/38 von 85 Schülern besucht und sollte vor dem Hintergrund des Erfolgs in den Sommermonaten als Sonntagsschule fortgesetzt werden.<sup>51</sup> Dazu ist es allerdings nicht mehr gekommen.

Die erste Bensheimer Fortbildungsschule scheiterte am Geld. Das Finanzierungsproblem bestand darin, dass neben der Stadtkasse auch der Benefiziaten- und Schulfonds herangezogen werden sollte.<sup>52</sup> In diesem katholischen Fonds waren die Erträge der vor 1686 gebildeten Vermögen zur Unterhaltung der Bensheimer Altaristen und Lateinschullehrer zusammengefasst. Das für die Fortbildungsschule ausgehandelte Finanzierungsmodell sah vor, die eine Hälfte des Honorars aus der Stadtkasse, die andere aus dem Benefiziaten- und Schulfonds zu bezahlen. Insgesamt ging es um die vergleichsweise geringe Summe von 40 Gulden.

Der Vorstand des Fonds weigerte sich allerdings, die fälligen 20 Gulden an die drei Lehrer auszuzahlen. Er begründete das mit dem Hinweis auf die Stiftungsurkunde *des ehemaligen Churfürsten von Mainz, Franz Anselm, vom 30<sup>ten</sup> September 1686*, auf die die Einrichtung der Bensheimer Lateinschule zurückgeht und in der es heißt, *daß die Einkünfte derjenigen Pfründen, welche zu dem jetzigen Beneficien- und Schulfonds gehören, zum Unterhalt derer dienen sollten, die gewisse geistliche Functionen verrichten, und den Unterricht in den 4 lateinischen Schulen versähen. [...] Wir sehen uns daher, so sehr wir uns auch über die Errichtung der Fortbildungsanstalt freuen, und so aufrichtig wir auch das immer bessere Gedeihen derselben wünschen, unter diesen Verhältnissen genöthigt, wiederholt zu erklären, daß der Beneficien- und Schulfonds nicht verbunden sei, zur Besoldung der Lehrer der Fortbildungsanstalt einen Beitrag zu leisten*.<sup>53</sup>

Der Vorsitzende des Benefiziaten- und Schulfonds, der Bensheimer Pfarrer Schmitt, war gleichzeitig Vorsitzender des Ortsschulvorstandes und so mit allen Stadtschulangelegenheiten befasst. In dieser Funktion hatte er noch im Februar 1838 der Besoldungsnote des am 17. Mai 1837 als Schulvikar eingestellten Ludwig Vollmer zugestimmt. Demnach sollte Ludwig Vollmer jährlich 200 Gulden Gehalt bekommen, von denen 100 Gulden aus der Stadtkasse und 100 Gulden aus dem Benefizienfonds aufzubringen waren.<sup>54</sup> Offensichtlich war diese paritätische Teilung der Kosten damals üblich. Sie wurde von Pfarrer Schmitt und Direktor Helm, dem zweiten Vorsitzenden des Fonds, auch nur in Hinblick auf die Fortbildungsschule in Frage gestellt.

Die Fortbildungsschule als solche wurde dagegen nicht abgelehnt. Deren Wichtigkeit hatte man auch in katholisch geprägten Kreisen durchaus erkannt. Das zeigt ein Blick auf das damalige Bensheimer Lehrerseminar, welches seit dem Tode von Michael August Ries zwischen 1835 und 1846 von Dominikus Goy geleitet wurde. Goy, der wegen seiner mangelhaften Menschenführung bei den sehr selbstbewussten Seminarlehrern auf heftigen Widerstand stieß und deswegen 1846 auf eine Pfarrstelle in Dieburg versetzt wurde, hatte – ähnlich wie vor ihm Ries – konzeptionelle Überlegungen zur Schule angestellt und diese auch in einer wissenschaftlichen Abhandlung mit dem Titel *Der Organismus der Volksschule*<sup>55</sup> zusammengefasst. Dort wird die These vertreten, dass die bisherige Volksschule zukünftig sowohl die *Kleinkinderschule* als auch die *Fortbildungsschule*<sup>56</sup> zu integrieren habe. Auch spätere Überlegungen im Schulvorstand unter der Leitung des Pfarrers Bloesinger machen deutlich, dass eine Fortbildungsschule in Bensheim durchaus im Sinne der katholischen Kirche war.

Bei der Weigerung des Benefiziaten- und Schulfonds, die 20 Gulden für die Fortbildungsschule zu bezahlen, ging es stattdessen vermutlich darum, das

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> Ebd., Schreiben vom 24. November 1837.

<sup>51</sup> Ebd., Schreiben vom 11. Juni 1838.

<sup>52</sup> Ebd., 24. November 1837.

<sup>53</sup> Ebd., 19. November 1838.

<sup>54</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/020, 27. Februar 1838.

<sup>55</sup> Dominikus Goy: Der Organismus der Volksschule. In: Quartalschrift für praktisches Schulwesen: mit besonderer Rücksicht auf das Königreich Bayern; im Vereine mit mehreren Schulmännern und Schulfreunden. 4 (1845), S. 407–437.

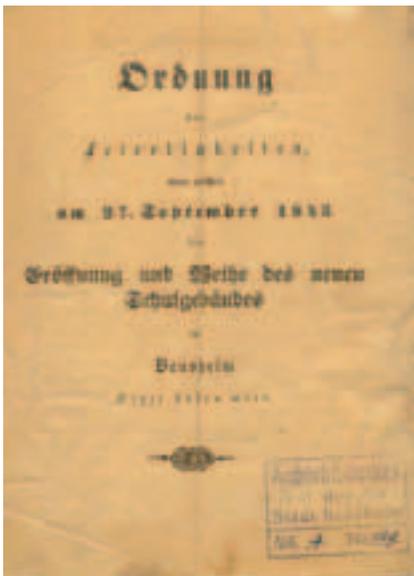
<sup>56</sup> Goy, Volksschule (wie Anm. 55), S. 408.

Gymnasium gegen eine befürchtete teilweise Umwandlung in eine mit der Fortbildungsschule verbundene Realschule zu schützen. Für diese Interpretation findet man Hinweise in einem Schreiben des Darmstädter Oberschulrats an die Bensheimer Bezirksschulkommission vom 10. Januar 1838, in dem es bezüglich einer Realschule in Bensheim bzw. der nun gegründeten Fortbildungsschule heißt: *Es ist uns im Laufe des vorigen Jahres ein Plan zur Errichtung einer realistischen Bildungsanstalt zu Bensheim, die etwa mit den unteren Klassen des Gymnasiums in Verbindung gesetzt werden könnte, eingereicht worden. Wir hatten Ihnen jenen Plan zur Einsicht und etwaigen Berücksichtigung zugesandt, und Sie hatten sich dahin geäußert, daß derselbe namentlich in der projectirten Verbindung der realistischen Anstalt mit dem Gymnasium nicht ausführbar sein dürfte. Durch die indessen von Ihnen ins Leben gerufene Fortbildungsanstalt ist jenem Wunsch des Schulvorstandes zwar zum Theil entsprochen worden, wir fragen jedoch bei Ihnen an, ob Sie es nicht für geeigneter und den Bedürfnissen der Stadt allseitiger entsprechend halten, wenn diese Fortbildungsanstalt einen offiziellen und definitiven Charakter erhält, und mit der obersten Knabenklasse in Verbindung gesetzt wird, in welchem Falle die Stadt einen kleinen Beitrag zur Bestreitung der Kosten bewilligen und die in Rede stehende Fortbildungsanstalt so organisirt werden müßte, daß dem Bedürfnisse der Stadt in jeder Weise in Hinsicht auf Handel, Gewerbe und Kunst genügend entsprochen würde. Wir halten die definitive Einrichtung dieser Fortbildungsanstalt um deswillen für geeigneter, weil nur so ihre Existenz gesichert, ein zusammenhängender und durchgreifender Plan verfolgt und den Bedürfnissen gründlicher und allseitiger entsprochen werden kann.*<sup>57</sup>

<sup>57</sup> HStAD, G 15 Bensheim Nr. M 245.



An der Nordseite des Kirchenvorplatzes, hinter dem alten Rathaus, stand bis 1945 der klassizistische, 1843 errichtete Bau der Katholischen Volksschule. Lithographie um 1860 (StadtA Bensheim, Fotosammlung).



Der Neubau der Volksschule wurde am 27. September 1843 eingeweiht (StadtA Bensheim, Bibliothek).

In ihrer Antwort vom 1. März 1838 weist die Kreisschulkommission darauf hin, dass diese Vorstellungen des Oberschulrats nicht durchführbar seien, weil ein dazu geeigneter Lehrer, der *realistische Unterrichtsgegenstände* lehren könnte, 800 Gulden koste und diese Summe von der Stadtkasse in Bensheim nicht aufzubringen sei.<sup>58</sup> Die Bensheimer Schulen wurden allerdings nur zu einem Teil aus der Stadtkasse finanziert. Der andere Teil, bei Ludwig Vollmer war es die Hälfte, kam aus dem Benefiziaten- und Schulfonds. Eine Finanzierung der Fortbildungsschule durch den Benefiziaten- und Schulfonds konnte nun bedeuten, dass dieser Fonds in Zukunft eine mit der Fortbildungsschule verbundene Realschule zu finanzieren hatte und damit zur Auflösung des Gymnasiums beitragen würde. Der Ortsschulvorstand von Bensheim kannte nicht nur das Schreiben des Darmstädter Oberschulrats an die Bezirksschulkommission in Bensheim; eine Kopie wurde von Pfarrer Schmitt beglaubigt. Ihm, wie dem gesamten Ortsschulvorstand, waren sowohl die Bensheimer Fortbildungsschulpläne als auch die Darmstädter Realschulvorstellungen bekannt.<sup>59</sup> Schmitt und sein Mitvorsitzender im Benefiziaten- und Schulfonds, Gymnasialdirektor Helm, mussten diesen Plänen und Konzepten entnehmen, dass die Existenz des Gymnasiums in höchster Gefahr war, zumal seit 1838 feststand, dass es sein angestammtes Domizil im Bensheimer Hospital verlassen sollte.<sup>60</sup>

Tatsächlich zweifelten die Darmstädter Schulbehörden damals an der Existenzfähigkeit des Bensheimer Gymnasiums. In seiner Bestandsaufnahme des Bildungswesens im Großherzogtum Hessen aus dem Jahre 1839 führte der Leiter dieser Behörde, Justin T. B. von Linde, aus, dass von den insgesamt sechs hessischen Landesgymnasien die drei kleineren in Bensheim, Büdingen und Worms keine Bestandsgarantie besäßen. *Bei Allen, so Linde, die nicht in lokalen Interessen befangen oder dafür gewonnen sind, mußte sich die wohl-erwogene Ueberzeugung feststellen, daß drei Hauptgymnasien in den drei Provinzialhauptstädten für das Bedürfnis des Landes vollkommen genügend seyn [...]. Die übrigen kleineren Gymnasien haben mehr nur ein locales, als allgemeines Interesse. Streng genommen kann demnach Keins der kleineren Gymnasien auf irgend eine directe Beisteuer aus Staatsmitteln Anspruch machen.*<sup>61</sup> Andererseits war dem immer stärker werdenden Wunsch nach einer Realienbildung Rechnung zu tragen. Daran lassen die Ausführungen Lindes keinen Zweifel. Nach seinen Vorstellungen sollte in einer *mittlere[n] Stadt, etwa von 6 bis 10.000 Einwohnern, wo man einen Werth darauf legt, ein Progymnasium zu besitzen, und zugleich das dringende Bedürfnis einer Realschule fühlt [...] eine Vereinigung beider durch gemeinschaftliche[n] Unterricht hergestellt werden.* Bensheim hatte in jener Zeit noch keine 5.000 Einwohner,<sup>62</sup> allerdings einen sich allmählich entwickelnden Gewerbestand, aus dem heraus der Wunsch nach Fortbildung in den Realfächern geäußert wurde, wie der Versuch von 1837/38 mit der speziellen Betonung des Bauwesens deutlich macht. Bensheim wäre demnach ein Ort gewesen, wo es zur Gründung einer Realschule hätte kommen können.

Stattdessen setzten sich in Bensheim um 1837/38 das Gymnasium gegen die Realschule und damit die Interessen des Bildungsbürgertums und der katholischen Kirche gegen die der Gewerbetreibenden durch. Die katholische Kirche besaß für die Heranbildung zukünftiger Priester neben dem Mainzer nur noch das Bensheimer Gymnasium, wollte man Landeskinder zu Priestern heranziehen. Eine Realschule dagegen hätte den Bedürfnissen der Bensheimer Gewerbetreibenden entsprochen. Diese unterstützten auch in Zukunft die verschiedenen Versuche zur Gründung einer Fortbildungsschule und förderten damit auch den naturwissenschaftlichen Unterricht. Während an der Fortbildungsschule schon im Winter 1847/48 Chemieunterricht erteilt wurde, stellte das Gymnasium erst nach 1851 einen besonderen Lehrer für die Naturwissenschaften ein.<sup>64</sup> Dieser erste Lehrer, Cornelius Billhardt, war interessanterweise ein Schwager von Dr. Bernhard Krauß, dem Gründer des Bensheimer Gewerbevereins.

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IV/G 010.

<sup>60</sup> Dinges (wie Anm. 27), S. 25.

<sup>61</sup> Justin T. B. Linde: Übersicht des gesamten Unterrichtswesens im Großherzogtum Hessen, bes. seit dem Jahre 1829, Gießen 1839, S. 267f.

<sup>62</sup> Linde, Übersicht (wie Anm. 61), S. 177.

<sup>63</sup> 1200 Jahre Bensheim (wie Anm. 1), S. 555.

<sup>64</sup> Dinges (wie Anm. 27), S. 6.

Trotzdem blieb die Lage des Bensheimer Gymnasiums vorläufig prekär. Ab 1840 wurde es im so genannten Appiano'schen Haus untergebracht, war allerdings auch dort in seiner Existenz nicht völlig gesichert. So jedenfalls könnte man die Übereinkunft zwischen dem Vorstand des Benefiziatenfonds und der Stadt Bensheim aus dem Jahre 1844 verstehen, die der Stadt Bensheim „Eigentumsrecht und Disposition über dieses Haus“ zugestand, „wenn das Gymnasium von Bensheim verlegt werden sollte.“<sup>65</sup>

Mit der Ablehnung der Finanzierung durch den Benefiziaten- und Schulfonds war das Todesurteil für die Fortsetzung der Fortbildungsschule im Schuljahr 1838/39 gesprochen. Unter diesen Umständen wollte auch der Gemeindevorstand keine weiteren Finanzierungsgarantien geben, und man beschloss *durch Stimmmehrheit [...], daß dieses Institut vorerst nicht mehr fortbestehen solle*. Gleichzeitig bat man den Kreisrat um die Zustellung der Urkunde von 1686, vermutlich um die rechtliche Lage der Finanzierung der Bensheimer Schulen zu klären. Immerhin wurde auch die Stadtschule zu einem Teil aus Fondsmitteln bezahlt. Beide, Kreisrat und Gemeindevorstand, waren über das Verhalten des katholischen Benefizien- und Schulfonds in hohem Maße verärgert. Allerdings ist es damals nicht zu einer gerichtlichen Prüfung der jeweiligen Ansprüche gekommen.

## Reformpläne des Ortsschulvorstandes im Jahr 1845

Die grundlegenden Mängel im Bensheimer Schulwesen waren damit aber nicht beseitigt. Im Bensheimer Ortsschulvorstand wurde dies Mitte der 1840er Jahre durchaus erkannt. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Bensheimer Gewerbe gerade in einem Verein organisiert, um damit besser die eigenen Interessen vertreten zu können.<sup>67</sup> Der oben erwähnte Bensheimer Arzt Dr. Bernhard Krauß, einer der Gründer dieses Gewerbevereins, war in jener Zeit Mitglied des Ortsschulvorstandes, der in Hessen seit 1832 aus dem Ortspfarrer, dem Bürgermeister und zwei honorigen Bürgern bestand. Der Ortsschulvorstand war ausschließlich für das Volksschulwesen bzw. alle Schulen, die keinen weiterführenden Charakter hatten, zuständig. Im Jahre 1845 waren neben Dr. Krauß der Bensheimer Pfarrer Bloesinger, Bürgermeister Traupel und Johann Müller, auch er war führend im Gewerbeverein tätig,<sup>68</sup> Mitglieder des Ortsschulvorstandes. Die konzeptionell initiativen Köpfe in diesem Vorstand waren Pfarrer Bloesinger und Dr. Krauß.

In einer Sitzung des Schulvorstandes am 6. Oktober 1845, an der allerdings Dr. Krauß nicht teilnahm, wohl aber Johann Müller, wurde u.a. beraten, *ob es für die Erziehung der weiblichen Jugend nicht rätlich sey, weibliche Lehrerinnen in Mädchenschulen und zwar Frauen aus dem englischen Fräuleinstift in Mainz einzuführen und für die Fortbildung der Knaben eine Realschule zu errichten. Der Schulvorstand erkannte an, daß Lehrerinnen sehr zu wünschen wären für unsere Schüler, daß aber, wenn etwas Durchgreifendes geleistet werden solle, nothwendig als Grundlage vorerst eine Kleinkinderbewahranstalt errichtet werden müßte; daß aber dazu so wie zur Errichtung einer Realschule, die ein großes Bedürfnis hier sei, vor der Hand die Mittel fehlten, indem daß der Ersparniß, welche an dem Lehrpersonal durch Einführung von Lehrerinnen gemacht werden, die wegen der definitiven Anstellung des jetzigen ersten Mädchenlehrers sich jetzt noch nicht realisieren ließ, jene Einrichtungen nicht bestritten werden könnte. Der Schulvorstand beschließt deßhalb, die Sache nicht aus den Augen zu verlieren, vorerst bei der Oberschulbehörde darauf anzutragen, daß die provisorische Verwaltung der noch nicht definitiv besetzten Schulstellen einstweilen noch fortdauern möge, inzwischen aber für Aufbringung der Mittel gesorgt werden soll, jene Einrichtungen mit der Zeit ins Leben zu rufen.*<sup>69</sup> Drei pädagogische Maßnahmen – weibliche Lehrer für die Mädchen, eine Realschule für die Jungen und ein Kindergarten für die Vorschulkinder – wurden gefordert, weil die sozialen Umstände es nötig machten.



Das Gebäude, das auf dem Programm zur Wiedersehensfeier Bensheimer Gymnasiasten aus dem Jahre 1928 zu sehen ist, ist das sogenannte Appianosche Haus in der Bahnhofstraße, heutige Nr. 5, in dem zwischen 1840 und 1869 das Gymnasium untergebracht war (StadtA Bensheim, Bibliothek).

<sup>65</sup> Ebd., S. 25.

<sup>66</sup> HStAD, G 15 Bensheim M 245; Schreiben vom 14. Dezember 1838.

<sup>67</sup> Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Ortsgewerbevereins und seiner Handwerkerschule in Bensheim, Bensheim 1898, S. 3.

<sup>68</sup> Festschrift Gewerbeverein (wie Anm. 67), S. 6.

<sup>69</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/003.

Die sozialen Probleme lagen in der Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen, in der mangelhaften schulischen Ausbildung der Mädchen und in der unzureichenden Vorbereitung der männlichen Jugend auf die Anforderungen des Gewerbes. Schon die Fortbildungsschule von 1837/38 hatte den Anspruch, dieses letzte Problem zu lösen.

In den folgenden Jahren wurden alle im Vorstandsprotokoll genannten Punkte umgesetzt. Zwar gründete man keine dem Gymnasium als Alternative gegenüberstehende Realschule; aber es kam zu einer erneuten Gründung einer Fortbildungsschule, aus der dann die Handwerkerschule und spätere Gewerbeschule hervorging. Weiterhin wurde eine Kleinkinderschule gegründet. Und auch die Englischen Fräulein sind nach Bensheim gekommen, haben eine Mädchenschule übernommen und geprägt, die es als Liebfrauenschule noch heute gibt.

## Die Fortbildungsschule von 1847/48

Zuvor aber wurde ein neuer Versuch zur Gründung einer Fortbildungsschule gemacht. Er fand im Vorfeld der Ereignisse von 1848 statt.<sup>70</sup> Am 23. Februar 1847 stellte der Schulvorstand u.a. mit Pfarrer Bloesinger und Dr. Krauß beim Bensheimer Gemeinderat den Antrag, eine Winterabendschule einzurichten, und begründete ihn damit, *daß Bensheim vorzugsweise eine Gewerbsstadt ist, deren Wohlstand von dem Zustand der Gewerbe, diese aber von der Bildung der Gewerbetreibenden abhängt, und dieß künftigt um so mehr als allenthalben in den Gewerben Verbesserungen eintreten und nur diejenigen fortkommen können, welche mit der Zeit vorangeschritten sind - aus Mangel an Bildung aber, oder aus Mangel an Gelegenheit, sich dieselbe zu verschaffen, die Gewerbsverhältnisse der ganzen Stadt in Verfall gerathen können, finden wir es, im Hinblick auf den Zustand unsrer Handwerkslehrlinge als dringendstes Bedürfniß im allgemeinen Interesse der Stadt, daß baldmöglichst eine Winterabendschule eingerichtet werde, um den Handwerkslehrlingen Gelegenheit zu geben, sich die nöthigen Kenntnisse für ihre Verhältnisse zu erwerben und zu erweitern.*<sup>71</sup> Der Unterricht sollte von den Stadtschullehrern Armbruster, Lippert, Vollmer und Winkler erteilt werden. Joseph Lippert hatte schon am 12. Februar 1847 im Auftrag des Ortsschulvorstandes einen von den Behörden verlangten *Entwurf zu einer dahier zu errichtenden Winterabendschule*<sup>72</sup> erarbeitet. In ihm ist deutlich zu erkennen, dass mit der Schule sowohl sozialpolitische als auch bildungspolitische Absichten verfolgt wurden. Die Fortbildung sei vor allem dann notwendig, wenn *der junge Mensch dem Leben entlassen, einem Berufe, dem Leben übergeben wird, wo besonders die Entwicklung geistiger und körperlicher Kraft mit dem Eintritt in die Mannbarkeit äußerst intensiv auftritt und deßhalb der Befestigung und Vervollkommnung der bereits errungenen Jugendbildung vorzüglich günstig ist.* Genau in dieser Lebensphase seien die Jugendlichen aber auch einem Risiko ausgesetzt, nämlich *wenn die sprudelnde Jugendvollkraft zügellos sich selbst zernichtet und mit dieser alle bereits errungenen Kenntnisse verkommen u[nd] zu Grunde gehen läßt. Hier entstehe die Aufgabe des wohlgeordneten Staates, diesen Gefahren vorzubeugen und dafür zu sorgen, dass Fortbildungsschulen eingerichtet werden denn es sollte nirgends der Fall vorkommen, daß junge fortstrebende Leute in einer Stadt keine Anstalt finden, um sich fortbilden zu können. In unserer Stadt fehlte es aber seither daran.* Im Hinblick auf den speziellen Zweck schreibt Lippert, dieser wäre *also die Fortbildung der Jünglinge vom 14ten bis zum 20ten Jahre, hauptsächlich in solchen Kenntnissen, die das praktische Leben zunächst fordert.* Das erfordere: *1. Kenntniß der Muttersprache [...] 2. Zahlen u[nd] Maße und Raumlehre [...] 3. Allgemeinbildendes aus Natur und Menschenleben [...] 4. Zeichnen 5. Gesang [...]*<sup>73</sup>

Die enge Verbindung mit den Bedürfnissen des Bensheimer Gewerbes wird auch darin deutlich, dass mit dem Baukandidaten und Architekten Euler der

<sup>70</sup> Siehe dazu: Handbuch der hessischen Geschichte, 4. Band: Hessen im Deutschen Bund und im neuen Deutschen Reich (1806) 1815 bis 1945, 2. Teilband, 3. Lieferung: Grossherzogtum und Volksstaat Hessen 1806–945, bearb. von Eckhart G. Franz, Peter Fleck und Fritz Kallenberg, Marburg 2003, S. 799–826.

<sup>71</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/003.

<sup>72</sup> Ebd., IVG/009.

<sup>73</sup> Ebd.

damalige Sekretär des Bensheimer Gewerbevereins<sup>74</sup> den Unterricht in den Fächern Zeichnen, Installationslehre und Technologie erteilte.<sup>75</sup> Wie erhaltene Honorarforderungen belegen, wurde im Winter 1847/48 dieser Unterricht tatsächlich gehalten, so dass das 50jährige Jubiläum der Handwerkerschule 1898 ein Jahr zu spät gefeiert wurde.<sup>76</sup> Warum auch diese Fortbildungsschule über ein einjähriges Bestehen nicht hinauskam, könnte mit den Ereignissen von 1848 zusammenhängen, lässt sich aber aus den bekannten Quellen nicht definitiv klären. Sie wurde nun vorläufig als erweiterte Sonntagsschule fortgeführt. Dass sie als solche in der Tradition der 1847 gegründeten Fortbildungsschule stand, zeigt vor allem der Schwerpunkt im Fach Zeichnen; die Schule richtete sich an die gleichen Interessenten aus den technischen Handwerksberufen.

## Bensheims Schulen und die Revolution von 1848

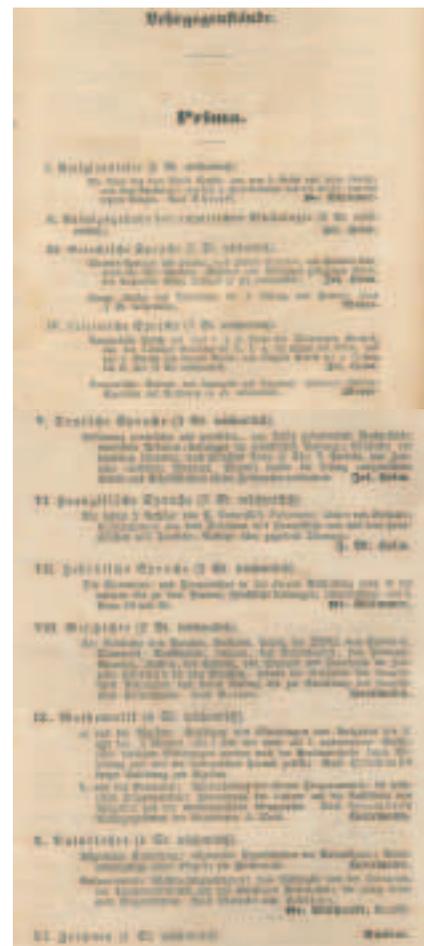
Die Revolution von 1848 brachte erhebliche Unruhe in die Bensheimer Schulen. Der Stadtschullehrer Lippert resümierte im Jahre 1849, dass der *Geist der Zügellosigkeit*,<sup>77</sup> der 1848 allenthalben zu bemerken gewesen sei, auch die Volksschüler erfasst hatte. In der Neuen Rheinischen Volkszeitung erschien am 18. August 1848 ein Artikel, in dem die *soziale Bildung*<sup>78</sup> der Gymnasiasten bemängelt wurde. Die Schuld dafür gab der anonyme Autor der *unnatürlichen Entfernung der Lehrer von ihren Schülern*.<sup>79</sup> Angebliche Missstände am Gymnasium wurden schon einige Wochen vorher in einem ersten Artikel benannt, auf den die Lehrer in einem weiteren Artikel eine Antwort gaben. Die Auseinandersetzungen über Unterrichtsmethoden, Lernziele und Inhalte wurden somit in der Öffentlichkeit ausgetragen.

Zwar ist über eine unmittelbare Verstrickung der Bensheimer Lehrer in die Ereignisse der Revolution von 1848 nicht viel bekannt. Überliefert ist jedoch, dass das Lehrerseminar von den Ereignissen des Jahres 1848 nicht unberührt blieb. So wird behauptet, dass der damalige Seminardirektor Jakob Krauß an den „Wirren der 1848er Jahre“<sup>80</sup> gescheitert sei. Er sei „kein Führer und Leiter“ gewesen, und „Streitigkeiten mit den übrigen Lehrkräften des Seminars ließen eine ersprießliche und erfolgreiche Arbeit nicht aufkommen.“ Insgesamt aber haben sich die Lehrer eher pragmatisch als revolutionär engagiert.

1848 waren am Seminar u.a. Joseph Lippert, Ludwig Vollmer – beide auch Lehrer an der Fortbildungsschule – und Franz Joseph Kunkel beschäftigt. Von Lippert ist bekannt, dass er neben seinem Engagement für die Fortbildungsschule auch als Bibliothekar der Bensheimer Volksleseanstalt<sup>82</sup> tätig war. Franz Joseph Kunkel wiederum leitete im März 1848 Wohltätigkeitskonzerte zu Gunsten der von Bernhard Krauß ins Leben gerufenen Initiative für eine Kleinkinderschule.<sup>83</sup> Das sind durchaus Aktivitäten gewesen, mit denen sich Lippert und Kunkel als 1848er zu erkennen gaben.

Das gilt auch für das Engagement anderer Lehrer. Der Lehrer Nohaschek, der sowohl an der Taubstummenanstalt<sup>84</sup> als auch im Jahre 1851 am Gymnasium<sup>85</sup> angestellt war, gründete im März 1848 einen Turnverein. Karl Armbruster, auch er hatte an der Fortbildungsschule unterrichtet, rief zusammen mit Philipp Buchinger, dem Direktor der Taubstummenanstalt, im Mai 1848 eine Schützengesellschaft<sup>87</sup> ins Leben. Ludwig Vollmer wollte im Mai 1848 mit behördlicher Genehmigung einen *Real-Cursus* bzw. eine *Höhere Bürgerschule*<sup>88</sup> eröffnen. Allerdings muss dieser Versuch gescheitert sein. Von ihm war nie mehr etwas zu hören.

Dagegen ist Ludwig Vollmer als einziger Bensheimer Lehrer in gewisser Weise revolutionär aufgefallen. Vollmer war seit 1837 zunächst als Schulvikar, also provisorischer Lehrer, an der Stadtschule angestellt und wechselte 1843 als Hilfslehrer an das Lehrerseminar. Er soll nicht nur die „48er Revolutionsideen“ geteilt, sondern „sich dabei praktisch betätigt [haben], so daß er 1849 ‚wegen beleidigender Ausdrücke gegen das Militair‘ angezeigt und am 31. Mai vor die Regierungs-Kommission in Heppenheim geladen wurde.“<sup>89</sup> Dies



Die Prüfungsaufgaben einer Prima sind Teil der „Einladung zu den öffentlichen Prüfungen, dem Rede-Act und der Preisverleihung im Großherzoglichen Gymnasium zu Bensheim am Schlusse des Schuljahres 1851/52“ (StadtA Bensheim, Bibliothek).

<sup>74</sup> Festschrift Gewerbeverein (wie Anm. 67), S. 3.

<sup>75</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/009.

<sup>76</sup> Ebd., Schreiben Ludwig Vollmers vom 5. Juni 1848.

<sup>77</sup> Ebd., IVG. Zitiert nach Fleck, Beiträge (wie Anm. 3), S. 68.

<sup>78</sup> Neues Rheinisches Volksblatt vom 19. August 1848.

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> Berlet, Lehrerbildung (wie Anm. 31), S. 203.

<sup>81</sup> Ebd.

<sup>82</sup> Wochen- und Anzeigebblatt für den Kreis Bensheim vom 30. Januar 1848.

<sup>83</sup> Wochen- und Anzeigebblatt für den Kreis Bensheim vom 19. März 1848.

<sup>84</sup> Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Groß. Taubstummen-Anstalt zu Bensheim am 11. Juni 1890, Bensheim 1890, S. 17.

<sup>85</sup> Dinges (wie Anm. 27), S. 12.

Eine zeittypische Biedermeierstudie aus Bensheim, der man nicht anmerkt, dass sie im Revolutionsjahr 1848 entstanden ist; Konzert im Rodensteiner Hof, Zeichnung von Fritz Löffler (Museum der Stadt Bensheim).



hatte zu seiner vorläufigen Entlassung aus dem Schuldienst geführt.<sup>90</sup> Darüber hinaus wurden die Lehrer des Seminars wie überhaupt alle hessischen Lehrer ernsthaft vom Ministerium des Innern ermahnt, dass sie *sich pflichtgetreu ihrem Dienste widmen und nicht im Verein mit der demokratischen Partei an Untergrabungen der gesetzlichen Ordnung thätig seyen. Im betreffenden Falle soll gegen sie mit Geldstrafen und Absetzung verfahren werden.*<sup>91</sup> Eine solche von Seiten der Regierung Jaup am 17. Juni 1849 an die Lehrer der Stadtschule gerichtete Ermahnung befindet sich auch in den Bensheimer Schulakten.<sup>92</sup>

Während die Großherzogliche Regierung unter Heinrich Karl Jaup sich im Wesentlichen noch den konstitutionellen Grundsätzen der Revolution von 1848 verpflichtet fühlte, so wurden unter der 1850 eingesetzten reaktionären Regierung von Dalwigk<sup>93</sup> die Maßnahmen gegen die politischen Aktivitäten auch auf das Erscheinungsbild der Lehrer ausgeweitet. Im Februar 1852 mussten alle Bensheimer Stadtschullehrer eine Belehrung durch den Darmstädter Oberschulrat unterschreiben, wonach *die Allerhöchste Entschliebung S[eine]r Königl[ichen] Hohheit des Großherzogs bezüglich des Tragens der Bärte von Seiten der Civilbeamten feststellt, dass diese auch Anwendung auf die Schullehrer finde und daß in Folge dessen für dieselben keine andern als Backen- oder Halsbärte, insofern hierbei das Kinn nicht bedeckt wird, erlaubt sind.*<sup>94</sup>

### Auswirkungen der Revolution von 1848 auf die Fortbildungsschule

Die Ereignisse des Jahres 1848 und der Folgejahre waren der Bensheimer Fortbildungsschule nicht sonderlich förderlich. Nicht nur die Bensheimer Jugendlichen waren in jener Zeit wenig an Fortbildung interessiert. Entsprechend klagte der Gewerbeverein: „Was nun die Handwerkerschule betrifft, so krankte auch diese, wie bereits erwähnt, noch fort infolge der Bewegung des Jahres 1848.“<sup>95</sup> Zwar wurde am 3. Dezember 1848 die so genannte Sonntagszeichenschule eröffnet, an der im Winter „von 8–12 Uhr Morgens, von 1–3 Uhr Mittags“<sup>96</sup> vom Architekten Euler unentgeltlicher

<sup>96</sup> Wochen- und Anzeigeblatt für den Kreis Bensheim vom 26. März 1848.

<sup>97</sup> Anzeigeblatt für den Regierungs-Bezirk Heppenheim vom 7. Mai 1848.

<sup>98</sup> Ebd.

<sup>99</sup> Denkschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens des Ernst-Ludwigs-Seminars zu Bensheim, bearb. von Johannes Ledroit, Bensheim 1921, S. 19.

<sup>90</sup> Denkschrift (wie Anm. 89), S. 19.

<sup>91</sup> Zitiert nach: ebd., S. 18f.

<sup>92</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/029.

<sup>93</sup> Handbuch der hessischen Geschichte (wie Anm. 70), S. 827ff.

<sup>94</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/029.

<sup>95</sup> Festschrift Gewerbeverein (wie Anm. 67), S. 6.

<sup>96</sup> Anzeigeblatt für den Regierungs-Bezirk Heppenheim vom 8. Dezember 1848.

Zeichenunterricht erteilt wurde, aber das war im Vergleich zum vorangegangenen Winter ein ausgesprochen dünnes Angebot.

Spätestens ab dem Winter 1851 wurde das Unterrichtsangebot wieder etwas erweitert. Im Sommer wurde nur an den Sonntagen, im Winter auch noch an zwei weiteren Vormittagen Unterricht im *Zeichnen, Baumaterialkunde, Rechnen, Geometrie, Aufsatzlehre und ein wenig Naturlehre*<sup>97</sup> erteilt. Die unterrichtenden Lehrer waren der Stadtschullehrer Karl Armbruster, zeitweise zusammen mit seinen Kollegen Winkler und Merz, sowie der bis 1854 am Gymnasium beschäftigte Zeichenlehrer Rückert.<sup>98</sup>

Die vorhandenen Rechenschaftsberichte machen deutlich, dass die Handwerkerschule oder Bezirkshandwerkerschule<sup>99</sup> in dieser Weise bis in die 1860er Jahre hinein fortbestand. Erst ab 1872 wurde das Unterrichtsangebot deutlich verändert, und durch die Einführung der Pflichtfortbildungsschule nach 1874 war auch die Existenz der Handwerkerschule gesichert, weil ihre Schüler vom Fortbildungsunterricht befreit werden konnten.<sup>100</sup> Die Handwerkerschule entwickelte sich seit dieser Zeit so gut, dass sie im Jahre 1886 in ein eigenes Gebäude umzog, das schon 1895 erweitert werden musste. Schließlich wurde 1907 in der Heidelberger Straße ein weiterer Neubau für die inzwischen in Gewerbeschule umbenannte Handwerkerschule gebaut.<sup>101</sup> Die Handwerkerschule der 1850er Jahre konnte offensichtlich nicht alle Bedürfnisse nach einem realistischen und berufsorientierten Unterricht in und um Bensheim befriedigen. Denn 1863 unternahmen die Stadtschullehrer Armbruster, Lippert, Voß und Seibert ein drittes Mal den Versuch, eine Fortbildungsschule in Bensheim zu gründen, die neben die vom Gewerbeverein und der Sparkasse in Zwingenberg<sup>102</sup> privat finanzierte Handwerkerschule treten sollte. Im Oktober 1863 beantragte Karl Armbruster bei der Kreisschulkommission in Bensheim die Genehmigung einer Fortbildungsschule, gegen die die Behörden *nichts einzuwenden*<sup>103</sup> hatten. Erneut wurde ein Konzept entworfen, wieder war Joseph Lippert der Verfasser. Der Zweck dieser Anstalt sollte nun sein: *Die Erhaltung, Erweiterung u[nd] Vervollkommnung zunächst derjenigen Kenntnisse und Fertigkeiten, welche einem jungen Mann zum Betriebe der mannigfachen bürgerlichen Gewerbe und der Landwirthschaft unumgänglich nothwendig sind.*<sup>104</sup> Nun ist weder vom *wohlgeordneten Staat* noch vom *tüchtigen Staatsbürger* wie in den früheren Entwürfen die Rede. Es geht nur noch um die Fähigkeiten zum Betreiben eines Gewerbes. Diese sollten mit und in den Fächern 1. *Deutscher Styl*; 2. *Zahlenlesen*; 3. *Geometrie*; 4. *Geographie*; 5. *Physik*<sup>105</sup> erworben werden.

Die Fortbildungsschule nahm im November 1864 ihren Betrieb mit 28 Schülern auf, wie der Rechenschaftsbericht aus diesem Schuljahr ausweist. Schon während der großen Krise des Gewerbevereins Anfang der 1850er Jahre gab es von Bernhard Krauß Überlegungen, „die Agrikultur mit in den Kreis der Beratung [zu ziehen]; es wurden Vorträge über Weinbehandlung etc. gehalten.“<sup>106</sup> Diesen Ansatz gewissermaßen aufgreifend, wurde in die nun gegründete Fortbildungsschule die Landwirtschaft integriert. So wurde im Schuljahr 1867/68 *auf Anregung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Bensheim mit landwirtschaftlichem Unterricht an der hiesigen Fortbildungsschule*<sup>107</sup> begonnen. Vor 1858 und dann wieder ab 1860 hatte es im übrigen auch eine landwirtschaftliche Fortbildungsschule gegeben, die vom *landwirtschaftlichen Bezirksverein Bensheim*<sup>108</sup> getragen wurde und an der die bekannten Lehrer Armbruster, Lippert, sowie der Seminarlehrer Köpp und der Gymnasiallehrer Dr. Stoll neben dem Hofgärtner Storck und dem Kreisveterinär Ritzel Unterricht erteilten. In der ab 1864 eröffneten Fortbildungsschule fanden auch die Naturwissenschaften ihren Platz, wie aus den Anschaffungslisten von Peter Ignaz Seibert, hauptamtlich Lehrer an der Stadtschule, hervorgeht; für das Schuljahr 1870/71 habe er z.B. *für den Unterricht in der Physik u[nd] Chemie Apparate und Chemikalien angeschafft.*<sup>109</sup> Am 6. April 1869 wurden erstmals Prüfungen an der *landwirtschaftlichen Fortbildungsschule zu Bensheim* abgehalten.<sup>110</sup>



Der Vater des Bensheimer Heimatforschers Joseph Stoll war Professor Franz Xaver Stoll, der zwischen 1857 und 1893 am Bensheimer Gymnasium unterrichtete, daneben auch an der landwirtschaftlichen Fortbildungsschule (Festschrift zur 250-Jahrfeier des Gymnasiums Bensheim an der Bergstraße 1686–1936, Bensheim 1936, nach S. 40).

<sup>97</sup> HStAD, G 15 Bensheim Nr. M 245, 12. Mai 1857.

<sup>98</sup> StadtA Bensheim, KV 3804/32.

<sup>99</sup> Allgemeines Bergsträßer Verordnungs- und Anzeigblatt vom 28. Juni 1862.

<sup>100</sup> Das Volksschulwesen im Großherzogtum Hessen, ein Hand- und Nachschlagebuch für Schulbehörden, Schulvorstände und Lehrer. Unter Mitwirkung des Geheimen Oberschulrats Greim in Darmstadt bearbeitet von P. Müller, Gießen 1891, S. 68.

<sup>101</sup> HStAD, G 15 Bensheim Nr. M 245.

<sup>102</sup> Ebd., z.B. 23. April 1855.

<sup>103</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/010, 7. Oktober 1863.

<sup>104</sup> Ebd., 28. November 1863.

<sup>105</sup> Ebd., 28. November 1863.

<sup>106</sup> Festschrift Gewerbeverein (wie Anm. 67), S. 5.

<sup>107</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/010; auch: Bergsträßer Anzeigblatt vom 11. Dezember 1867.

<sup>108</sup> Allgemeines Bergsträßer Verordnungs- und Anzeigblatt vom 1. Dezember 1860.

<sup>109</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/010, 8. Juli 1871.

<sup>110</sup> Ebd., 28. März 1869.

<sup>111</sup> Volksschulwesen (wie Anm. 100), S. 72.

<sup>112</sup> Festschrift Gewerbeverein (wie Anm. 67), S. 6.

<sup>113</sup> Dinges (wie Anm. 4), S. 48.

<sup>114</sup> Angaben des Universitätsarchivs Gießen vom 10. August 2005.

<sup>115</sup> Denkschrift (wie Anm. 89), S. 17.

Bis 1874 ist das Wirken der genannten Stadtschullehrer in der Fortbildungsschule, die auch als landwirtschaftliche Fortbildungsschule bezeichnet wurde, nachweisbar. Vermutlich ist diese Schule dann als Pflichtfortbildungsschule weitergeführt worden, die nach dem Schulgesetz von 1874 zu einem Bestandteil der Volksschule wurde. Nun waren „die Lehrer an den Volksschulen verpflichtet, wöchentlich bis zu 6 Stunden Unterricht an der Fortbildungsschule zu erteilen.“<sup>111</sup>

## Der Bensheimer Schulreformer Dr. Bernhard Krauß

Dass die spätere Gewerbeschule die kritische Zeit im Jahre 1848 und danach überstanden hat, war ganz wesentlich Dr. Bernhard Krauß zu verdanken. Er habe zusammen mit einigen anderen „edelgestimmte[n] Männer[n] [...] die Schule vor dem Untergang bewahrt.“<sup>112</sup>

Dr. Bernhard Krauß verkörperte für etwa zwei Jahrzehnte in nahezu exemplarischer Weise das liberale Bemühen um eine den Bedürfnissen der Stadt Bensheim angemessene Schul- und Bildungspolitik. Krauß wurde am 9. Januar 1810 in Fürth im Odenwald als Sohn eines katholischen Amtmannes geboren. Er besuchte das Gymnasium in Bensheim und zeichnete sich 1825 als „Preisträger der dritten Klasse [...] im Griechischen, in der Mathematik und in der Geschichte“<sup>113</sup> aus. Krauß immatrikulierte sich am 13. November 1828 an der Universität Gießen für das Studium der Medizin. Bis zum Wintersemester 1830/31 studierte er in Gießen, vom Sommersemester 1831 bis einschließlich Sommersemester 1832 in Heidelberg und im Wintersemester 1832/33 erneut in Gießen. Er schloss sein Studium in Gießen mit der Erlangung des medizinischen Doktorgrads am 6. Juni 1833 ab.<sup>114</sup> Danach wirkte er in Bensheim als praktischer Arzt, aber auch als Armen- und Hospitalarzt sowie als so genannter Seminararzt am Lehrerseminar.<sup>115</sup> Seit 1843 bis mindestens 1857 war Krauß Mitglied des Bensheimer Ortsschulvorstandes. In dieser Funktion wollte er die Lehrer keineswegs bevormunden. Im September 1848 stellte er deswegen für die nächste Sitzung des Schulvorstandes den Antrag, dass *künftig ein tüchtiger Vertreter des Elementarlehrerstandes in*

Die Einrichtung von „Kleinkinderbewachanstalten“ wurde von Dr. Bernhard Krauß bereits in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts gefordert. Das Foto, um 1930 entstanden, zeigt den 1906 eröffneten und 1926 in die Kaiserstraße 3 (heute Neckarstraße) umgezogenen evangelischen Kindergarten (StadtA Bensheim, Fotosammlung).



den Schulvorstand aufzunehmen<sup>116</sup> sei. Damit wollte er den Anforderungen der neuen Zeit genüge leisten und dem Lehrerstande [...] Gelegenheit [...] geben seine Stellung zu mehren.<sup>117</sup> Dass er 1844 zu den Gründern des Bensheimer Gewerbevereins gehörte, wurde schon erwähnt. Als Vorsitzender dieses Vereins und als Mitglied des Ortsschulvorstandes kümmerte er sich sowohl um Gewerbepolitik als auch um Schul- und Bildungsfragen. Er soll schon 1843 einen Kinderschulverein gegründet haben; jedenfalls ist sein Engagement für eine Kleinkinderbewahranstalt, damit ist ein Kindergarten gemeint, schon vor 1848 vielfältig belegbar.<sup>119</sup> Zusammen mit anderen Bensheimern organisierte er ab 1846 den Bau des Kirchberghäuschens.<sup>120</sup>

Im März 1848 mischte sich Krauß unmittelbar in die politischen Auseinandersetzungen der Revolutionszeit ein.<sup>121</sup> Dabei lag ihm als Vorsitzendem des Gewerbevereins am Herzen, *die Ursachen des Verfalles der Gewerbe näher zu besprechen und die Mittel und Wege zur Abhülfe und zur Hebung des Gewerbestandes überhaupt [zu] beraten.*<sup>122</sup> Am 24. Februar 1849 gründete er in Bensheim den *Vaterländischen Verein*,<sup>123</sup> dessen Vorsitzender er wurde. Die Statuten dieses Vereins gaben als Zweck an, *für gesetzliche Freiheit zu wirken; insbesondere beharrlich fest zu halten an den, von der deutschen Reichsversammlung beschlossenen und von der obersten Reichsbehörde verkündeten Grundrechten, so wie an den weiteren schon erlassenen und noch zu erlassenden Reichsgesetzen; in gleicher Weise uns zur unverbrüchlichen Richtschnur zu nehmen, die Verheißungen des am 6. März 1848, für das Großherzogthum Hessen gegebenen Programms. Es soll daher unsere Aufgabe sein, vernünftigen Fortschritt zu erstreben, wahre Volksaufklärung zu befördern und der Willkür, in welcher Form sie erscheinen und woher sie kommen möge, entschieden entgegen zu treten.*<sup>124</sup> Am 6. März 1848 hatte Großherzog Ludwig II. Heinrich von Gagern zum Vorsitzenden des Gesamtministeriums ernannt. Mit Heinrich von Gagerns politischer Haltung stimmte Krauß noch bis in die 1860er Jahre im Wesentlichen überein. Im April 1849 unterzeichnete er zusammen mit anderen wichtigen Bürgern der Stadt, zu denen auch der Gymnasiallehrer Weyer gehörte, einen *Aufruf an die Einwohner Bensheims und der Umgegend*, in dem es darum ging, *unsere tapferen Reichstruppen [...], welche das Vaterland gegen die herausfordernden Dänen in den Krieg schicken mußte,*<sup>125</sup> mit Verbandsmaterial zu versorgen.

Bernhard Krauß gehörte sicherlich zum gemäßigten und konservativen Flügel der Bewegung von 1848. In Wahlrechtsfragen allerdings plädierte der Bensheimer Vaterländische Verein für das allgemeine und gleiche Wahlrecht.<sup>126</sup> Ende 1849 wurde Bernhard Krauß als Vertreter der konstitutionellen Richtung im Wahlbezirk IV. Bensheim<sup>127</sup> in die zweite Kammer des hessischen Landtags gewählt. In den 1850er Jahren intensivierte Krauß seine Bemühungen um eine Kleinkinderbewahranstalt sowohl im Ortsschulvorstand als auch im Gemeinderat, dem er schließlich angehörte.<sup>128</sup> Angesichts der sozialen Notlage lag dem Schulvorstand die Errichtung einer Kleinkinderbewahranstalt *schon seit vielen Jahren am Herzen.*<sup>129</sup> Auch wird Krauß die Gründung einer Höheren Töchterschule<sup>130</sup> im Jahre 1850 zugeschrieben, also der Schule, aus der dann 1858 das Institut der Englischen Fräulein hervorging. Allerdings stammte der erste öffentliche Aufruf zu dieser Schule von einer Frau Christine Brauneis geb. Ludwig.<sup>131</sup> In welchem Umfang Krauß sich für das Fortbestehen der Handwerkerschule einsetzte, wurde schon erwähnt. Bis 1863 sind im Allgemeinen Bergsträßer Verordnungs- und Anzeigebblatt von Krauß gezeichnete Anzeigen und Mitteilungen der Bensheimer Handwerkerschule zu finden.<sup>132</sup> Im gleichen Jahr trat er als Organisator und Festredner einer Jubiläumsfeier des Gymnasiums auf. Dabei setzte er sich besonders für das Turnen ein und forderte, *daß noch ein eigener Turnlehrer am hiesigen Gymnasium angestellt wird und daß die Stadt eine eigene Turnhalle errichtet, damit das gesunde, den Körper und Geist kräftigende Turnen, das zugleich von manchem Schlimmen und Verkehrtem abhält, Sommers und Winters exercirt werden kann.*<sup>133</sup>



Dr. Bernhard Krauß (1810–1875)  
(StadtA Bensheim, Fotosammlung).

<sup>116</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/054.

<sup>117</sup> Ebd.

<sup>118</sup> 1200 Jahre Bensheim (wie Anm. 1), S. 572.

<sup>119</sup> Wochen- und Anzeigebblatt für den Kreis Bensheim vom 21. November 1847.

<sup>120</sup> <http://www.kirchberghaeuschen.de/>; 26. Oktober 2005.

<sup>121</sup> Wochen- und Anzeigebblatt für den Kreis Bensheim vom 2. April 1848.

<sup>122</sup> Ebd., vom 7. Mai 1848 und 25. Juni 1848.

<sup>123</sup> Anzeigebblatt für den Regierungs-Bezirk Heppenheim vom 23. Februar 1849.

<sup>124</sup> Ebd., 23. Februar 1849.

<sup>125</sup> Ebd., 27. April 1849.

<sup>126</sup> Michael Wettengel: Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum, Wiesbaden 1989, S. 447.

<sup>127</sup> Karl Buchner: Das Großherzogtum Hessen in seiner sozialen und politischen Entwicklung vom Herbst 1847 bis zum Herbst 1850, Darmstadt 1850, S. 144.

<sup>128</sup> StadtA Bensheim, KV 3863/7, 3805/2, 3805/3, 3805/4.

<sup>129</sup> StadtA Bensheim, KV 3805/2.

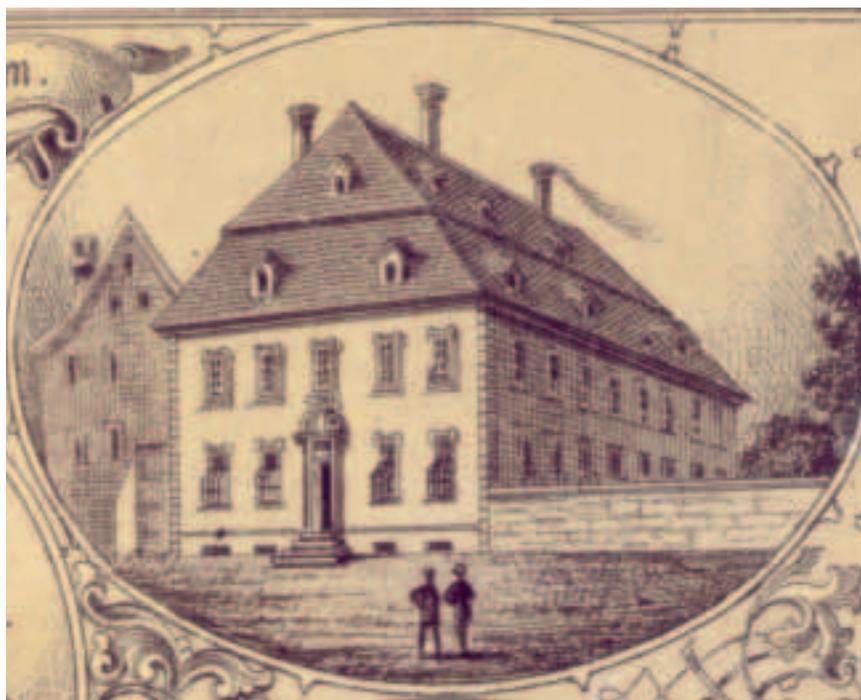
<sup>130</sup> Fleck, Beiträge (wie Anm. 3), S. 131; siehe auch: 1200 Jahre Bensheim (wie Anm. 1), S. 279; Festschrift 125 [hundertfünfundzwanzig] Jahre Institut BMV Liebfrauensschule Bensheim 1858-1983, Bensheim 1983, S. 43.

<sup>131</sup> Anzeigebblatt für den Regierungs-Bezirk Heppenheim vom 26. April 1850; weitere Hinweise: ebd., 10. Mai 1850 und 25. Oktober 1850.

<sup>132</sup> Allgemeines Bergsträßer Verordnungs- und Anzeigebblatt vom 6. Mai 1863.

<sup>133</sup> Beilage zu Nr. 77 des Bergsträßer Anzeigebblattes.

Diese Lithographie, um das Jahr 1860 entstanden, zeigt den 1732 zur Domkapitelfaktorei umgebauten Rüdigheimer Hof. In ihm war das Gymnasium zwischen 1869 und 1882 untergebracht. 1874 wurde ein drittes Stockwerk gebaut, auf dem ein Mansarddach aufgesetzt wurde. (StadtA Bensheim, Fotosammlung).



Ende 1862 gehörte Bernhard Krauß in Frankfurt zu den Mitgründern des Deutschen Reformvereins,<sup>134</sup> für den er auch Heinrich von Gagern zu gewinnen suchte. Diese Gruppe versuchte, durchaus im Sinne der Regierung Dalwigk in Darmstadt<sup>135</sup>, im liberal-konservativen Lager ein Gegengewicht zum preußisch ausgerichteten Deutschen Nationalverein<sup>136</sup> zu bilden. Ging dessen Gründung auf den Erfolg der italienischen Einigungsbewegung<sup>137</sup> zurück, so dass er eine stark antikatholische, gegen die ultramontane Partei gerichtete Politik vertrat, so verstand sich der Reformverein zwar nicht als *großdeutsch* [...], wenn auch *großdeutsche Ideen* den Verein prägten, wie Krauß am 24. Oktober 1862 an Heinrich von Gagern schrieb. Überhaupt würde *jeder Parteienstrich* [...] nach meiner Ansicht der guten Sache [schaden], während der Ausdruck ‚ächt deutsch‘ oder ‚patriotisch‘ geeignet ist, alle Parteien zu vereinigen und schon deshalb manchen s[on] g[enannten] Klein-deutschen wie Nationalvereinler leichter bekehren und herüberbewegen wird.<sup>138</sup> Schon vorher hatte in Mainz der Regens - also Vorsteher - des Priesterseminars und ehemalige Bensheimer Pfarrverweser Christoph Moutfang, sicherlich im Einverständnis mit Bischof Ketteler, die Großdeutsch-konservative Partei<sup>139</sup> gegründet, so dass es in jener Zeit durchaus politische Gemeinsamkeiten zwischen Dr. Krauß und der katholischen Kirche gegeben hat. Dem Deutschen Reformverein gehörte in Bensheim neben Krauß ein weiteres führendes Mitglied des Gewerbevereins, nämlich Baurat Georg August Mittermayer an. Aber auch der seit 1862 in Bensheim wirkende neue Direktor des Gymnasiums, Dr. Friedrich Franz Schöller, gab sich als Mitglied dieses Vereins in einer Zeitungsanzeige zu erkennen.<sup>140</sup> Dagegen waren im Bensheimer National-Verein<sup>141</sup> eher protestantische Gewerbetreibende wie Louis Guntrum organisiert.

Als Bernhard Krauß am 19. Februar 1875 starb, brachte das Bergsträßer Anzeigenblatt einen Nachruf, in dem es u.a. hieß: *Der Verstorbene, ein feingebildeter Mann, hatte stets an allen Vorgängen des öffent[lichen] Lebens den lebhaftesten Antheil genommen, mit idealer Begeisterung alle humanen Bestrebungen unterstützt und war namentlich für die religiös-sittliche Entwicklung und Erziehung der Menschen durch Wort und Schrift schwärmerisch thätig. [...] Von ultramontaner Seite ward ihm im Stark[enburger] Boten die ehrenvolle Auszeichnung zu Theil, der Gegenstand*

<sup>134</sup> HStAD, O 11 Familienarchiv Gagern, Brief von Krauß an Gagern vom 24. Oktober 1862.

<sup>135</sup> Handbuch der hessischen Geschichte (wie Anm. 70), S. 834f.

<sup>136</sup> Ebd., S. 834.

<sup>137</sup> Ebd.

<sup>138</sup> HStAD, O 11 Familienarchiv Gagern, Brief von Krauß an Gagern vom 24. Oktober 1862. Unterstreichungen im Original.

<sup>139</sup> Handbuch der hessischen Geschichte (wie Anm. 70), S. 835; siehe auch: Jürgensmeier, Bistum Mainz (wie Anm. 6), S. 288.

<sup>140</sup> Bergsträßer Anzeigenblatt vom 6. Mai 1863.

<sup>141</sup> Ebd., 18. April 1863.

fortgesetzter, roher Angriffe zu sein. Herr Dr. Krauß war katholisch, und hatte seine Zugehörigkeit durch seine Theilnahme an der Oster-Communion stets practisch bethätigt; nichts destoweniger erhielten dessen Angehörigen auf ihre Bitte, um Begleitung der Leiche, von Pfarrer Sickinger eine abschlägige Antwort, mit der Bemerkung, derselbe sei ein Feind der katholischen Kirche gewesen. [...] Bereitwillig entsprach der altkatholische Pfarrer, Herr Rieks von Heidelberg, dem Wunsche um Begleitung der Leiche, und unter der theilnahmenvollsten Haltung der Bevölkerung, dem Vorantritte des hiesigen Kriegervereins und der Feuerwehr, und der Betheiligung des Gesangsvereins Harmonie, sowie des Direktors, sämmtlicher Lehrer und Zöglinge des Großherzoglichen Schullehrerseminars, bewegte sich ein Zug Leidtragender, wie ihn unsere Stadt noch nie gesehen, zum Kirchhofe.<sup>142</sup>

Das hier angesprochene Verhalten ging sicherlich auf den inzwischen voll entbrannten Kulturkampf zurück. Dennoch können diese äußeren Umstände nicht erklären, warum Bernhard Krauß, der lange Jahre mit Pfarrer Bloesinger im Schulvorstand und auch im Gewerbeverein zusammenarbeitete, in dieser Weise von der katholischen Kirche behandelt wurde. Vielleicht spielten altkatholische Ambitionen von Krauß eine Rolle; solche sind aber nur im Hinblick auf die von den Hinterbliebenen organisierte Beerdigung belegbar. Mit Sicherheit aber wird man sagen können, dass Bernhard Krauß das Opfer der konfessionellen Polarisierung im Kulturkampf geworden ist. Seine pragmatische Haltung, die in der Tendenz eher den Ausgleich und den praktischen Nutzen suchte, hatte einen schweren Stand. Diese Entwicklung bahnte sich aber schon seit Jahrzehnten, spätestens seit 1854, an.

## Der Kampf des Mainzer Bischofs gegen die *Decatholisierung*<sup>143</sup> des Gymnasiums

In einer Sitzung des Bensheimer Ortsschulvorstandes vom 31. März 1851 stellten Bernhard Krauß und Pfarrer Bloesinger fest, man habe in Bensheim 358 Kinder vom 3ten bis 6ten Lebensalter; davon gehören 124 Tagelöhnern, 140 Handwerkern, 36 Ackersleuten, 39 Honoratioren an, und 19 sind unehelich.<sup>144</sup> Daraus leitete man die dringende Notwendigkeit einer Kleinkinderbewahranstalt ab. Etwa zur gleichen Zeit hatten die Schüler am Gymnasium andere Probleme. Angeblich litten damals viele von ihnen im *positiven Glauben* [...] *Schiffbruch, so daß in Glaubenssachen Indifferentismus einriß, und hie und da frivole Äußerungen fielen.*<sup>145</sup>

Diese Aussage fiel im Zusammenhang einer Befragung von dreizehn ehemaligen Bensheimer Schülern, die 1854 am Priesterseminar in Mainz ihre Ausbildung erhielten. Sie war Teil einer vom Bischöflichen Ordinariat angeordneten Untersuchung, mit der die *religiösen Zustände des Gymnasiums zu Bensheim*<sup>146</sup> untersucht werden sollten. Ausgelöst wurde das Verfahren durch Eingaben des seit Herbst 1853 in Bensheim wirkenden Benefiziaten Jakob Dommerque.<sup>147</sup> In dem Untersuchungsauftrag, der dem für Bensheim zuständigen Viernheimer Dekan Baumann erteilt wurde, heißt es, die Schüler des Bensheim Gymnasiums seien, *namentlich in den oberen Classen, von einem mehr antikatholischen als katholischen Geiste, wenigstens großentheils, durchdrungen. Mehrere dieser Schüler sollen es sich zum Geschäfte machen, dem Religionslehrer Dommerque durch frivole Einwendungen entgegen zu treten.*<sup>148</sup> Darüber hinaus wurden die religiöse und indirekt auch die politische Gesinnung der Gymnasiallehrer Kunkel und Hermann, das sittliche Verhalten des Lehrers Hattemer und die Führungsqualitäten des Direktors Helm als Probleme genannt, die einer Überprüfung bedürften.

Daraufhin reiste Baumann im Januar 1854 nach Bensheim. Dort führte er Befragungen des Benefiziaten Dommerque, des Ortspfarrers Bloesinger und des Seminardirektors Ohler durch. Außerdem fügte er seinen Untersuchungsberichten einen Rechenschaftsbericht über den Religionsunterricht des ehemaligen Benefiziaten Dr. Franz Blümmer aus dem Jahre 1849 und

<sup>142</sup> Ebd., 24. Februar 1875.

<sup>143</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2; Schreiben des Bischöflichen Ordinariates vom 16. März 1854.

<sup>144</sup> StadtA Bensheim, KV 3805/2, 31. März 1851.

<sup>145</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2., Aussage Schneider.

<sup>146</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2., 23. Dezember 1853.

<sup>147</sup> Dinges (wie Anm. 27), S. 6.

<sup>148</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2., 23. Dezember 1853.



Der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler kämpfte im Großherzogtum wie im Deutschen Reich gegen die staatliche Kirchenhoheit (HStAD, R4 Nr. 17180).

einen Beschwerdebrief Dommerques an den Direktor des Gymnasiums, Joseph Helm, vom 20. Dezember 1853 bei. Parallel zu dieser Untersuchung in Bensheim wurden Anfang Februar 1854 in Mainz die erwähnten 13 ehemaligen Gymnasiasten vom Regens des Priesterseminars, Christoph Moufang, nach ihren Erfahrungen während ihrer Schulzeit befragt. Moufang war übrigens der Vorgänger des von Baumann befragten Bensheimer Ortspfarrers Franz Xaver Bloesinger, unterrichtete als solcher in den Jahren 1843 und 1844 auch am Gymnasium<sup>149</sup> und saß in jener Zeit mit Bernhard Krauß zusammen im Ortsschulvorstand.<sup>150</sup> Er kannte also die Verhältnisse und betroffenen Personen in Bensheim aus eigener Erfahrung. In den 1870er Jahren wurde er zu einer zentralen Figur im Kulturkampf. Als Reichstagsabgeordneter diente er den päpstlichen Nuntiaturen in Preußen und Hessen sowie der Kurie<sup>151</sup> als Berater. Nach dem Tod von Bischof Ketteler wurde er 1877 vom Domkapitel in Mainz zum Bischof gewählt, durfte das Amt aber auf Grund einer Intervention des Großherzogs nicht antreten.<sup>152</sup>

Auffällig an allen Ergebnissen dieser Untersuchung ist, dass die Ereignisse der Revolution von 1848/49 als maßgebliche Auslöser oder doch Beschleuniger des Niedergangs des Bensheimer Gymnasiums dargestellt werden, obwohl weder der Untersuchungsauftrag an Dekan Baumann noch die Fragen, die den 13 Priesterseminaristen vorgelegt wurde, einen Hinweis auf diese Zeit enthalten. Tatsächlich besaß das Jahr 1848 in der katholischen Welt eine ambivalente Bedeutung. Bischof Ketteler, der aus „Empörung über das Eingreifen des Staates in den Gewissensbereich der Katholiken“<sup>153</sup> 1844 seine Juristenkarriere aufgab und Theologie studierte, verdankte seinen Aufstieg in der katholischen Kirche der Teilnahme an der Revolution von 1848. Er wurde als Abgeordneter in das Paulskirchenparlament gewählt. Dort ordnen ihn manche Historiker der Rechten,<sup>154</sup> andere wiederum dem „linken liberalen Spektrum“<sup>155</sup> zu. Aber dieses Schillernde ist vielleicht ein Wesensmerkmal Kettelers, der einerseits zu den katholischen Scharfmachern in der Entstehungszeit der ultramontanen Bewegung und während des Kulturkampfes zählte, selbst aber nicht wirklich zu dieser Strömung gehörte. Ende 1848 trat Ketteler als einer der Hauptredner auf dem ersten Mainzer Katholikentag auf. 1849 wurde er als Probst an die Berliner Hedwigskirche berufen. Aber schon 1850 wurde Ketteler Bischof in Mainz, nachdem Papst Pius IX. den von den Darmstädter Staatsbehörden favorisierten und 1849 vom Mainzer Domkapitel gewählten Gießener Theologieprofessors Leopold Schmid als Bischof verhindert hatte.<sup>156</sup> Auch wenn die in der Kirche engagierten Katholiken nicht als echte Anhänger der Revolution zu bezeichnen sind,<sup>157</sup> so wurden aber die Ergebnisse von ihnen begrüßt, brachten sie doch die völlige religiöse Freiheit im Großherzogtum Hessen, auch im Vereinswesen. Der Mainzer Bischof Kaiser z.B., Kettelers Vorgänger, feierte die März-Edikte mit einem Dankgottesdienst im Dom.<sup>158</sup> Insofern ist es nur konsequent, wenn einer der 1854 befragten ehemaligen Bensheimer Gymnasiasten vom *Heil u[nd] Segen bringenden (!?) Jahr 1848*<sup>159</sup> sprach.

Spätestens ab 1850 versuchte Ketteler die Rechtspositionen der katholischen Kirche, z.T. durch eigenmächtige Schritte gegenüber den staatlichen Behörden, zu verbessern. Ein ähnliches Anliegen hatte auch jene ultramontane Strömung in der katholischen Kirche, die eine „Romwende von unten“<sup>160</sup> betrieb. Damit ist die Bewegung gemeint, die in einem starken Papst einen weitaus besseren Schutz vor Benachteiligung durch den protestantisch gefärbten und weltlich orientierten Staat sah als in einer partiellen Zusammenarbeit. Im Großherzogtum Hessen waren die Katholiken vor allem darüber verärgert, dass Ludwig III. am 23. Februar 1850 die nach 1848 gemachten Zugeständnisse zurücknahm und die staatliche Kirchenhoheit<sup>161</sup> wieder hergestellt hatte, so dass die Rechtsstellung der katholischen Kirche auf den Stand von 1830<sup>162</sup> zurückfiel. Ketteler selbst hatte in diesem Zusammenhang von „einem Zustand der Schutzlosigkeit der katholischen Kirche bei Kränkung ihrer Rechte“<sup>163</sup> gesprochen und damit gemeint, die

<sup>149</sup> Dinges (wie Anm. 27), S. 5.

<sup>150</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/007.

<sup>151</sup> Kurt Nowak: Geschichte des Christentums in Deutschland, München 1995, S. 156.

<sup>152</sup> Jürgensmeier, Bistum Mainz (wie Anm. 6), S. 296.

<sup>153</sup> Nowak, Geschichte (wie Anm. 151), S. 129.

<sup>154</sup> Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1987, S. 611.

<sup>155</sup> Jürgensmeier, Bistum Mainz (wie Anm. 6), S. 284.

<sup>156</sup> Siehe dazu auch: Darmstädter Zeitung vom 2. März 1849; dort erschien ein Kommentar Aus der Bergstraße zur Ablehnung Schmidts durch den Papst.

<sup>157</sup> Jürgensmeier, Bistum Mainz (wie Anm. 6), S. 284.

<sup>158</sup> Ebd.

<sup>159</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2.; Aussage Schneider; Satzzeichen im Original.

<sup>160</sup> Nowak, Geschichte (wie Anm. 151), S. 131.

<sup>161</sup> Jürgensmeier, Bistum Mainz (wie Anm. 6), S. 286.

<sup>162</sup> Ebd.

<sup>163</sup> Nowak, Geschichte (wie Anm. 151), S. 131.

„Katholiken würden an den Universitäten von den Lehrstühlen ferngehalten, an den Realschulen und Gymnasien seien sie als Lehrer nur schwach vertreten.“<sup>164</sup> Dagegen setzte er am 1. Mai 1851 die Wiedereröffnung einer theologischen Lehranstalt am bischöflichen Seminar zu Mainz<sup>165</sup> durch, womit die Priesterausbildung an der seit 1830 dafür zuständigen katholischen theologischen Fakultät in Gießen ein Ende fand.

Auch in Bensheim hatte Bischof Ketteler schon 1852 dafür gesorgt, dass am Lehrerseminar Direktor Krauß durch Alois Karl Ohler abgelöst wurde. Damit sollte hier die als Niedergang empfundene Entwicklung seit 1848 rückgängig gemacht werden. Ohler zeigte zunächst kein großes Interesse, von einer Pfarrstelle in Rheinhessen nach Bensheim zu wechseln. Nach Berlets Angaben erklärte er sich „erst auf besonderen Wunsch des Mainzer Bischofs Ketteler“<sup>166</sup> bereit, das Amt des Seminardirektors anzutreten. Ohler wird häufig als der bedeutendste der Bensheimer Seminardirektoren genannt, vor allem deswegen, weil er mit dem *Lehrbuch der Erziehung und des Unterrichts*<sup>167</sup> ein wegweisendes und in vielen Auflagen erschienenenes Buch zur katholischen Pädagogik geschrieben hatte. Ohler lebte allerdings auch mit dem Ruf, ein religiöser Eiferer zu sein. In einem Gutachten der Regierungskommission Worms heißt es, *Pfarrer Ohler soll früher durch Abhaltung einer unerlaubten Prozession Beschwerde veranlaßt haben*. Außerdem verfolge er eine sehr streng katholische Richtung.<sup>168</sup> Das Grundprinzip der Ohlerschen Pädagogik, das er auch den Seminarschülern zu vermitteln suchte, lautete, *Kinder so zu erziehen und zu unterrichten, wie ihre Kirche sie erzogen und unterrichtet haben will*.<sup>169</sup> In dieser Hinsicht stimmten Ohler, Ketteler und die ultramontane Strömung jener Zeit vollkommen überein.

Wenn nun 1853/54 die Zustände am Gymnasium Bensheim untersucht wurden, so hatte dies zumindest als Ergebnis – nachdem das Priesterseminar der staatlichen Universität Gießen genommen wurde, nachdem das Volksschullehrerseminar Bensheim wieder einen Seminardirektor besaß, der es als elementaren Teil des Wirkens der katholischen Kirche begriff – die Forderung, das Gymnasium in Bensheim der katholischen Kirche zurückzugeben. Als Gründe für diese Forderung wurden einerseits die angeblich völlig verwahrlosten Zustände am Gymnasium angegeben, andererseits die Finanzierung der Schule durch einen katholischen Fonds.

<sup>164</sup> Ebd.

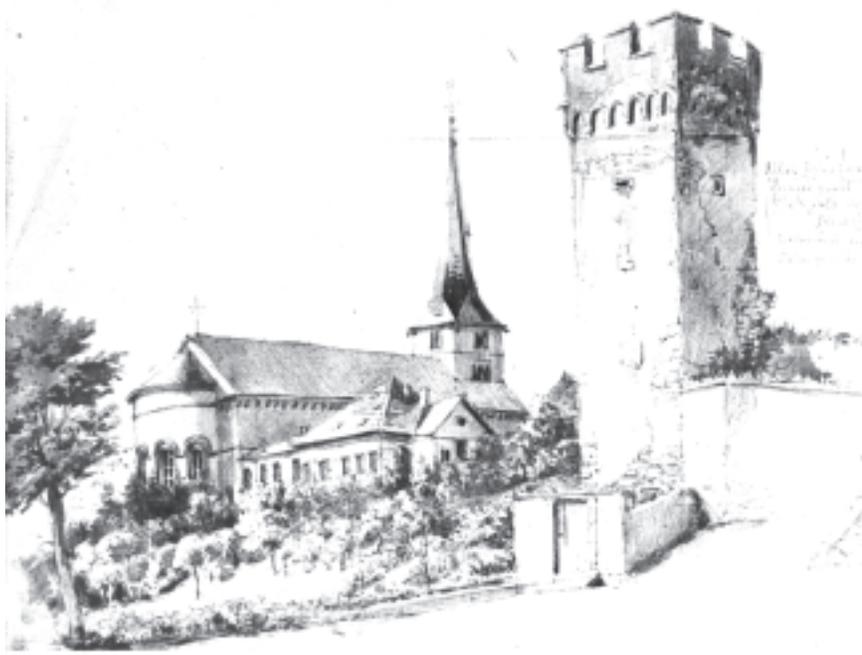
<sup>165</sup> Handbuch der hessischen Geschichte (wie Anm. 70), S. 832.

<sup>166</sup> Berlet, *Lehrerbildung* (wie Anm. 31), S. 206.

<sup>167</sup> Aloys Karl Ohler: *Lehrbuch der Erziehung und des Unterrichts*, Mainz 1861.

<sup>168</sup> Nach Berlet, *Lehrerbildung* (wie Anm. 31), S. 206.

<sup>169</sup> Ohler: *Lehrbuch der Erziehung und des Unterrichts*, 10. Aufl., Mainz 1884, S. IV. Hervorhebung im Original.



Die Georgskirche mit dem 1837 erbauten Pfarrhaus und dem Roten Turm, 1873. Bleistiftzeichnung (Kurpfälzisches Museum Heidelberg, Skizzenbücher Graimberg).

## Der Zustand des Gymnasiums und die Revolution von 1848 in Bensheim

Folgt man den Aussagen der befragten ehemaligen Bensheimer Gymnasiasten, dann befand sich das Bensheimer Gymnasium spätestens seit 1848 in einem religiösen und sittlichen Verfall, zu dem auch politische Verfehlungen und aufgeklärtes Denken gehörten. So gab der ehemalige Bensheimer Schüler Jacobi an, dass der *Glaube der Gymnasiasten [...] sehr verkommen [sei] u[nd] bei einigen glaube ich beinahe gänzlichen Unglauben wenigstens in manchen Glaubenspunkten annehmen zu dürfen. [...] Viele der sich für aufgeklärt Haltenden wußten noch nicht einmal die bibl[ische] Geschichte u[nd] den Katechismus. Bei meinem Abgange vom Gymnasium fragte mich ein Schüler: ‚Auch Du willst Pfaff werden? Diese glauben ja selbst nicht, wenn sie aus der Kirche kommen, ihr[e]n Pfaffen.‘ Ein anderer versprach einem andern, ihm noch als Priester das H[ei]llige Oel von der Platte zu schlagen.*<sup>170</sup> Die meisten Befragten gaben außerdem an, dass weder die Kirche noch kirchliche Feiern wie z.B. Prozessionen in angemessener Weise besucht wurden. Vor allem den Lehrern wurde der Vorwurf gemacht, dass sie diesbezüglich sehr nachlässig und schlechte Vorbilder waren.

Als Beispiele für den sittlichen Niedergang galten die häufigen Wirthsbesuche der Gymnasiasten. Der ehemalige Schüler Weber erinnerte sich an einen Fall, *wo Einer nach der H[ei]lligen Beicht wieder ins Wirthshaus bis tief in die Nacht ging und sich dort auf die H[ei]llige Communion vorbereitete.*<sup>171</sup>

Der ehemalige Gymnasiast Jaeger behauptete: *Aus dem Wirthshause ging man gewöhnlich direkt zur Kirche; es geschah aber auch zuweilen, daß man ungebeichtet zum H[ei]lligen Abendmahl ging, von zwei Gymnasiasten weiß ich dieses ganz gewiß, von manchen andern war es aber noch eher zu vermuthen.*<sup>172</sup> Von vielen befragten Seminaristen wurde der Fall einer vor Gericht in Zwingenberg verhandelten Vaterschaft als *Beweis des sittenlosen Zustandes der Gymnasiasten in Bensheim* gesehen. *Zwar wurde die Klage niedergeschlagen, nachdem das Kind gestorben war, doch soll vorerst noch der Vater des Gymnasiasten eine ziemlich große Geldsumme der Mutter des Kindes verabreicht haben. Genannter Gymnasiast bekam noch von H. Direktor Helm jedes Mal Erlaubniß um vor Gericht erscheinen zu können und ich glaube behaupten zu können, daß Herr Direktor wohl ganz genau wußte, zu welchem Zwecke er vor Gericht erscheinen sollte.*<sup>173</sup>

Manche der Befragten erwähnten auch ein politisches Engagement. Demnach waren einige Schüler in den Jahren 1848/49 *Mitglieder der rothen Demokratenvereine, hielten derartige Reden, gingen mit rothen Federn am Hut und der Mütze unter ihren Augen [der Lehrer, MG] umher, und zogen selbst in Republikanertracht auf die Volksversammlungen.*<sup>174</sup> In einer anderen Aussage heißt es: *Im Jahr 1847 u[nd] [18]48 waren selbst einige Gymnasiasten im democrat[ischen] Verein, was allgemein bekannt war, zogen auf den Volksversammlungen umher und Einer hielt demokratische Reden, verfertigte sogar dem Präsidenten des democrat[ischen] Vereins Hartnagel [...] einige Reden. [...] Davon, daß einige Gymnasiasten sogar Rollen in Schiller's Räuber bei einem Theater in Bensheim übernehmen wollten, hielt sie Herr Director zurück.*<sup>175</sup> Allerdings ist der Demokratische Verein in Bensheim, dessen Vorsitzender Valentin Hartnagel war, erst am 10. September 1848 gegründet worden.<sup>176</sup> Dagegen gab es eine ganze Reihe von Volksversammlungen, die jedoch, sofern sie unter freiem Himmel und angekündigt waren, selten in Bensheim selbst stattfanden. Dort war die politische Szene sehr stark von den gemäßigten Kräften um Bernhard Krauß bestimmt. Eine berühmte Volksversammlung, die von den demokratischen Vereinen einberaumt wurde, fand am 21. Januar 1849 in Auerbach statt, wo etwa 3.000 Menschen auf Einladung der Demokraten Darmstadts zusammenkamen, um die Verabschiedung der Grundrechte der Paulskirchenversammlung zu feiern.<sup>177</sup>

<sup>170</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2; Aussage Jacobi.

<sup>171</sup> Ebd., Aussage Weber.

<sup>172</sup> Ebd., Aussage Jaeger.

<sup>173</sup> Ebd., Aussage Itzel II.

<sup>174</sup> Ebd., Aussage Schneider.

<sup>175</sup> Ebd., Aussage Kempf.

<sup>176</sup> Anzeigebblatt für den Regierungs-Bezirk Heppenheim vom 8. September 1848.

<sup>177</sup> Frankfurter Journal vom 24. Januar 1849.

Wenig später erlebte auch Bensheim ein spektakuläres Ereignis, als nämlich am 20. [Februar], Fastnacht-Dienstag, und 2. Jahrmarkttag dahier, [...] ungefähr 12 bis 15 Demokraten, nach vorheriger Bekanntmachung mit der Schelle, auf dem hiesigen Marktplatze eine öffentliche Gemeinderathssitzung persifliert [haben], wobei der den Bürgermeister Vorstellende, allein maskiert, sich alle erdenklichen Aushöhnungen gefallen ließ und dann unter scheinbarem Aushalten von Stößen und Schlägen von Mehreren bis in die demokratische Herberge verfolgt wurde. Die Sache wurde nun als eine öffentliche Beschimpfung der Ortsbehörde dem Gerichte angezeigt, und als sich auf Verlangen desselben die Betheiligten nicht stellten, die hier liegenden Gensdarmen auch erklärten, ohne Lebensgefahr die Arrestation nicht vornehmen zu können, wurde von Seiten der Behörde 100 Mann Infanterie erbeten, die dann auch schon am folgenden Tage, dem 21., mit dem ersten Bahnzuge von Darmstadt hier eintrafen. Beim Einquartieren der Soldaten verweigerten nun mehrere Einwohner denselben die Aufnahme und am Nachmittage, als der Pseudobürgermeister im Rathhause in Haft genommen war, scharten sich die Demokraten mit Weibern und Kindern zusammen, um den Inhaftierten gewaltsam zu befreien. Dabei wurden nun Schimpfwörter, Drohungen und Verwünschungen aller Art gegen das Militär ausgestoßen, man warf mit Steinen nach ihm, und als die Menschenmasse durch noch viele hinzugekommene Neugierige sich vermehrt, der Scandal zu einem förmlichen Aufruhr sich steigerte, man endlich der mehrmaligen amtlichen Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge leistete, so wurde die Menge von dem Militär mittelst Waffen auseinandergetrieben.[...] Da jedoch die Aufregung nur gedämpft, die Ruhe und Ordnung noch nicht völlig eingetreten war, im Gegentheile wiederholte Versuche der Widersetzlichkeit unternommen, das den Soldaten von ihren Quartierherrn überschickte Abendessen abgenommen und auf die Straße geworfen, der für jene bestimmte Wein unter ‚Hoch‘ für Hecker ausgetrunken, auch hier und da sogar Gewehr- oder Pistolenschüsse gehört wurden, daher für den folgenden Tag, allwo die Abführung der Arrestanten vorgehen sollte, weitere Excesse zu befürchten standen, so wurde noch ein Commando Chevauxlegers requirirt. Am 22. Vormittags trafen nun 60 Mann derselben hier ein, und am Nachmittage desselben Tages konnte die Wegbringung des Inhaftirten nach Darmstadt – wenn gleich nicht ganz ohne Befreiungsversuche der Demokraten – erfolgen.<sup>178</sup>

Inwieweit Gymnasiasten oder auch der Seminarhilfslehrer Vollmer, dem „beleidigende Ausdrücke gegen das Militair“<sup>179</sup> angelastet wurden, mit diesen Ereignissen zu tun hatten, ist unbekannt. Im übrigen ist auffällig, dass weder Christoph Moufang in seiner Auswertung der Aussagen der Priesterseminaristen noch Dekan Baumann oder auch der Benefiziat Dommerque auf die politischen Verstrickungen der Gymnasiasten in die Revolutionsereignisse eingehen.

Dagegen wurde in der Untersuchung die politische Zuverlässigkeit der am Gymnasium beschäftigten Lehrer genauso durchleuchtet wie ihre sonstigen Charaktereigenschaften. So soll der Geschichtslehrer Hermann um 1848 eine Rede an die Proletarier gehalten haben, in der er ihnen exponierte [...], daß es in der katholischen Kirche ein Gesetz gebe, kraft dessen dieselbe 2/3 ihres Vermögens an d[ie] Armen abgeben müßte [...] Begreiflich hatte ihm das Proletariat applaudirt.<sup>180</sup> Andere Schüler warfen Hermann vor, es sehr gut verstanden [zu haben], seinen Schülern eine gewisse Liebe zu dem abscheulichen Ketzler Luther einzuflößen.<sup>181</sup> Hinsichtlich seines Lebenswandels wurde ihm vorgehalten, dass er auch gern mit gewöhnlichen Leuten um[gehe].<sup>182</sup>

Zu den beanstandeten Lehrern des Gymnasiums gehörten auch die Brüder Kunkel. Franz Joseph Kunkel, eigentlich am Schullehrerseminar angestellt, unterrichtete am Gymnasium Musik; sein jüngerer Bruder Sebastian Kunkel die Fächer Griechisch, Latein und Englisch. Verschiedene Schüler warfen Se-



Auch gegen Franz Josef Kunkel, Musiklehrer am Gymnasium und seinen Bruder Sebastian wurden im Zuge einer Untersuchung über die Zustände am Bensheimer Gymnasium 1853/54 Vorwürfe laut. Er wurde 1854 entlassen (HSTAD, R4 Nr. 22039).

<sup>178</sup> Darmstädter Zeitung vom 27. Februar 1849.

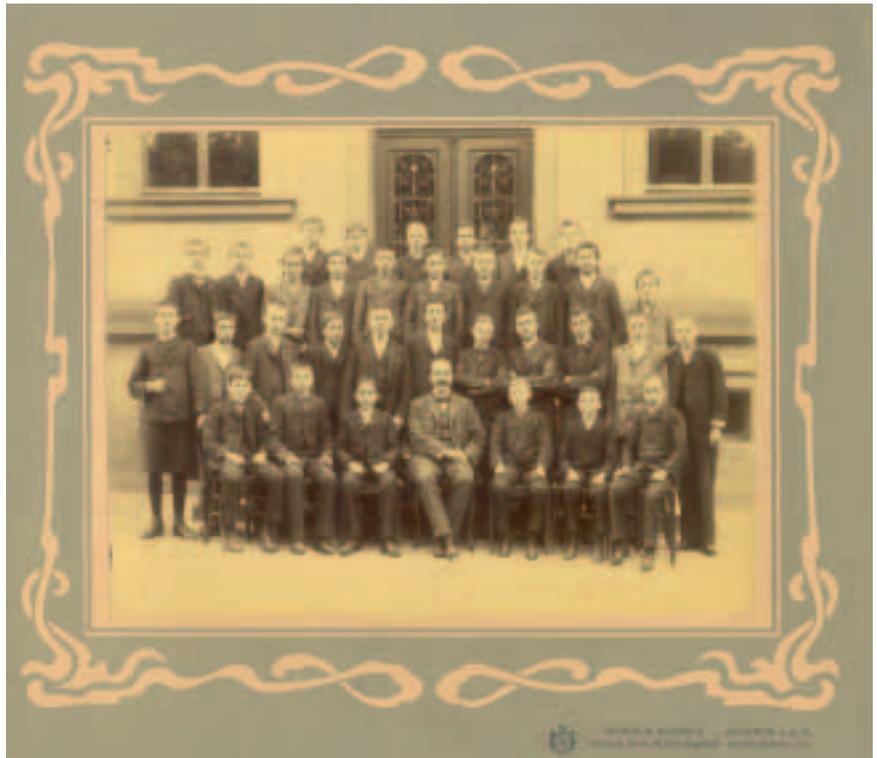
<sup>179</sup> Denkschrift (wie Anm. 89), S. 19.

<sup>180</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2; Aussage Schneider.

<sup>181</sup> Ebd., Aussage Itzel I.

<sup>182</sup> Ebd., Aussage Weber.

Eine Klasse des Bensheimer Gymnasiums um 1900 (StadtA Bensheim, Fotosammlung).



bastian Kunkel vor, ein eifriger Leser des Frankfurter Journals gewesen zu sein, sogar diesem *widerliche Art[ikel]*<sup>184</sup> geschickt zu haben. Auch Dommerque behauptete, Sebastian Kunkel sei der Urheber der Artikel, fügte dann aber am Rande später noch ein: *in Gemeinschaft mit seinem Bruder, dem hiesigen Rektor Kunkel.*<sup>185</sup> Dekan Baumann dagegen stellte fest, *Gymnasiallehrer Kunkel [sei] übrigens nicht der Schlimmste, indem er an jedem Sonn- und Festtage den Geboten der katholischen Kirche durch Anhörung deren Heiliger Messe nachkömmt, und auch seine Osterkommunion verrichtet, und es scheint, daß derselbe [...] mit seinem Bruder, dem Seminarlehrer, sogenannter Rektor oder Musik-Kunkel verwechselt ist, [...] der in dem nicht ungegründeten Verdachte steht, der Verfasser aller jener Schmähartikel zu seyn, welche dem Frankfurter Journal von der Bergstraße aus geschrieben wurden.*<sup>186</sup> Diese Widersprüche machen deutlich, wie schwierig die Aussagen in der gesamten Untersuchung zu bewerten sind.

Dem Musiklehrer Kunkel wurde vor allem ein unsittlicher Lebenswandel vorgehalten. Er galt allen Schülern als *verkommenes Subjekt*.<sup>187</sup> Er sei *verwitwet*,<sup>188</sup> womit offensichtlich im Hinblick auf die Verkommenheit schon alles gesagt war. Schon als er in den 1830er Jahren an der Bensheimer Stadtschule seinen Schuldienst begann, bekam er einen Verweis der Bezirksschulkommission, weil er zusammen mit seinen Kollegen eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung einfach ignorierte. Deswegen zur Rede gestellt, sagte er, sie sei nicht, wie es das Volksschulgesetz in Art. 30 vorschreibe, vom Oberschulrat verordnet, sondern am Sonntag vom Pfarrer auf der Kanzel verkündet worden. In einer ausgesprochen ironischen Art behauptete er damals im Hinblick auf das Ignorieren der Verkündigung, *wir konnten nun nicht im Entferntesten daran denken, daß man hierin eine Beleidigung gegen den Ortsschulvorstand oder die Groß[herzogliche] Bezirksschulcommission finden könnte.*<sup>189</sup> Als Franz Joseph Kunkel am 31. Dezember 1880 in Frankfurt starb, würdigte ihn ein Nachruf auch mit dem Hinweis, er sei ein *eifriger und gefürchteter Kämpfer für geistige Unabhängigkeit und Wahrheit gewesen, und ihm habe das schwächende Alter im 77. Jahre in jugendlicher Begeisterung für Menschenrecht und Menschenwürde nichts genommen.*<sup>190</sup>

<sup>183</sup> Dinges (wie Anm. 27), S. 5.

<sup>184</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2; Aussage Kumpf.

<sup>185</sup> Ebd., Aussage Dommerque.

<sup>186</sup> Ebd., Bericht Baumann.

<sup>187</sup> Ebd., Aussage Kumpf.

<sup>188</sup> Ebd.

<sup>189</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/019; 2. Dezember 1835.

<sup>190</sup> Frankfurter Beobachter, zitiert nach Frieder Boss: Franz Joseph Kunkel, ein vergessener Komponist. In: Mitteilungen des Museumsvereins Bensheim 37 (1997), S. 10–19.

Ein weiterer äußerst umstrittener Lehrer war Zeichenlehrer Ludwig Rückert. Er eignete sich zum Feindbild schon deswegen, weil er einerseits getaufter Protestant war und andererseits als aus dem Baufach kommender Zeichenlehrer nicht den Stallgeruch des Philologen oder Theologen besaß. Über ihn wurde z.B. von den ehemaligen Schülern behauptet, er maße *sich an, bei den Gymnasiasten über Dinge zu sprechen, 1) die ihm nicht zukommen 2) die er nicht versteht auch nicht im Entferntesten w[e]g[en] s[eine]s beschränkten Verstandes. Er stiftet dadurch viel Unheil, redet stundenlang mit den Gymnasiasten über Hölle, Fegefeuer etc. und sucht ihnen den Glauben zu rauben.*<sup>191</sup>

Dem Direktor des Gymnasiums, Joseph Helm, wurde von fast allen ehemaligen Schülern, teilweise in gleichen Worten, fehlende Energie und mangelndes Durchsetzungsvermögen attestiert. Dommerque z.B. verlangte von ihm, dass er zwei angeblich freche Schüler nicht nur zur Ordnung rufen, sondern sogar von der Schule verweisen sollte, wenn sie sich nicht bei Dommerque entschuldigen würden. Letzten Endes sei der Zustand des Gymnasiums Helms mangelhafter Führung zuzuschreiben.

Die Vorwürfe gegen die Lehrer finden eine Bestätigung in den Beschuldigungen des anonymen Bensheimers, der 1848 in der Neuen Rheinischen Volkszeitung, wie oben schon erwähnt, zweimal das Wort ergriff. In der Nr. 22 dieser Zeitung vom 19. August 1848 erwiderte er den sich verteidigenden Lehrern, das Gymnasium in Bensheim *entbehre eines allgemein durchgreifenden Principis, und es fänden aus diesem Grund Übergriffe statt.*<sup>192</sup> Am Gymnasium herrsche ein Zustand der Willkür. Jeder Lehrer mache, was er wolle; und dies sei in den meisten Fällen das, was ihm besonders leicht falle. Die vorgeschriebene Lektüre werde nicht gelesen, die vorgeschriebenen Lehrbücher würden nicht beachtet. Darüber hinaus bleibe man *hinter den Forderungen der Zeit zurück*. Die *alten Classiker* nehme man in einer Art durch, die mit dem Wort *Einzelwillkür* zu charakterisieren sei. Es fehle in der Schule an einer sittlichen Erziehung; diese werde *durch Ausbrüche roher Leidenschaftlichkeit und unmäßiges Schimpfen* ersetzt. Den Lehrern fehle es an hinreichender Qualifikation und am Willen, sich zu bilden.<sup>193</sup>

Der Zustand des Gymnasiums war demnach sowohl aus der Sicht eines Anhängers der Revolution von 1848 als auch aus der streng katholischen Perspektive zu tadeln. Das Gymnasium leistete weder eine humanistische noch eine katholische Bildung und schon gar nicht eine den Bedürfnissen der Stadt Bensheim angemessene Realienbildung. Auf diesen letzten Punkt reagierte das Gymnasium 1851 mit der Anstellung eines naturwissenschaftlichen Lehrers.<sup>194</sup> Eine andere Frage ist allerdings, inwieweit die Vorwürfe im Einzelnen zutrafen. Auch ist es nicht einfach, die sachliche Kritik von der eigentlichen Absicht zu trennen. So wurde in einem späteren Bericht der Lehrer Dr. Hermann von Dommerque wieder in Schutz genommen, weil er sich inzwischen häufiger in der Kirche zeigte.<sup>195</sup> Seine fachliche Qualifikation dürfte sich dadurch nicht verbessert haben.

## Der zur protestantischen Kirche konvertierte Benefiziat Dr. Blümmer

Als eigentliches Übel des Gymnasiums wurde der mangelhafte Religionsunterricht des schon vor der Untersuchung aus dem Schuldienst ausgeschiedenen Benefiziaten Dr. Franz Blümmer angesehen. Von ihm heißt es bei Dinges, er sei am „2. Juni 1853 auf sein Nachsuchen von seiner Stelle als Lehrer am Bensheimer Gymnasium enthoben“<sup>196</sup> worden. In den Berichten von Baumann und Dommerque ist die Rede vom *apostasirten Priester Blümmer* (Baumann) bzw. *excommunicirten Christen Blüm[m]er* (Dommerque). Ein Schüler spricht von *Dr. Blüm[m]ers Uebertritt z[ur] p[rotestantischen] K[irche]*<sup>197</sup>. Noch danach habe Gymnasiallehrer Kunkel mit *dem-*

<sup>191</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2; Aussage Kumpf.

<sup>192</sup> Neues Rheinisches Volksblatt vom 19. August 1848.

<sup>193</sup> Ebd.

<sup>194</sup> Dinges (wie Anm. 27), S. 6.

<sup>195</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2; 26. September 1860.

<sup>196</sup> Dinges (wie Anm. 27), S. 6.

<sup>197</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2; Aussage Kumpf.

Sichtbarer Ausdruck für die gewachsene Zahl der Protetanten in Bensheim war die 1863 eingeweihte Michaelskirche. Vignette einer Lithographie von Albin Hermann Georg Strauß, 1882 (Museum der Stadt Bensheim).



selben *Corresponde[n]z* gepflegt und sogar nach der *Excomm[unikation]* persö[n]lichen Umgang mit d[ie]s[e]m Individuum gehabt.<sup>198</sup> Das war übrigens der schwerste Vorwurf gegen Sebastian Kunkel. Er habe 1853 Dr. Blümmer nach seiner Konversion vom Bahnhof abgeholt und ihn vor anwesenden Gymnasiasten umarmt und geküsst. Dem hielt Kunkel entgegen, man könne *einer Person zugethan seyn [...], ohne gerade ihre Ansichten und Grundsätze zu theilen*.<sup>199</sup> Von Katholiken wurde aber erwartet, dass ein Abtrünniger auch tatsächlich aus der Gemeinschaft ausgestoßen blieb.

Dr. Blümmer wurde vorgeworfen, in seinem Religionsunterricht vor allem den zweifelnden und in der Religion nicht gefestigten Schülern keine Hilfen geboten zu haben. Insofern war dieser Unterricht eine Wurzel des Übels, *denn wo der Glaube nicht genährt, ja geschwächt wird, da kann derselbe sich auch nicht äußerlich thätig zeigen*.<sup>200</sup> Stattdessen habe Dr. Blümmer *öffentlich seine Irrlehren*<sup>201</sup> vorgetragen.

Nach Ansicht des ehemaligen Schülers Philipp Laist habe der Religionsunterricht lange Zeit darin bestanden, das Matthäus-Evangelium zu übersetzen und über dabei auftretende Glaubensfragen zu diskutieren; z.B. soll *von Einigen das Wunder geleugnet*<sup>202</sup> worden sein. Dr. Blümmer habe dabei nicht dergestalt eingegriffen, dass die katholische Glaubenswahrheit in dieser Frage die Zweifel der Schüler beseitigt hätte. Stattdessen ließ er es zu, dass sich einige Schüler auf eine theologische *Autorithät*,<sup>203</sup> nämlich den protestantischen Heidelberger Professor Paulus, beriefen.

Der ehemalige Schüler Schneider berichtet von einem Fall, bei dem ein Primaner aus reiner *Opposition*<sup>204</sup> im Religionsunterricht den Satz *Mihi tradita est omnis potestas in coelo et in terra* zur Diskussion stellte. Dabei habe er *bemerk[t], wenn Jesus, alle' Gewalt empfangen habe, so habe der Vater doch ganz natürlich keine mehr, weil er sie ja alle hergegeben, höre somit auch auf Gott zu sein etc.*<sup>205</sup> Dr. Blümmer sei dem mit dem Hinweis begegnet, *omnis*

<sup>198</sup> Ebd.

<sup>199</sup> Ebd., Bericht Baumann.

<sup>200</sup> Ebd., Aussage Weber.

<sup>201</sup> Ebd., Aussage Winter.

<sup>202</sup> Ebd., Aussage Laist.

<sup>203</sup> Ebd.

<sup>204</sup> Ebd., Aussage Schneider.

<sup>205</sup> Ebd.

heiße in diesem Fall nicht *alle*, sondern *jede*. Mit dieser Auslegung habe er *sich blos vor den Gymnasiasten compromittir[t]*.<sup>206</sup> Diese Haltung sei von den Schülern dahin gedeutet worden, dass *der Religionslehrer selbst nicht immer von den Glaubenswahrheiten durchdrungen war*.<sup>207</sup> Er habe keine *Aufschlüsse* über die katholischen *Wahrheiten* geben können, wodurch *die Schüler in ihrem Zweifel an der h[ei]ll[igen] Religion bestärkt, wenn nicht ganz zum Unglauben hingerissen*<sup>208</sup> wurden.

Dr. Blümmer zweifelte aber offensichtlich auch an den überlieferten Regeln für den *geistlichen Stand*.<sup>209</sup> So habe er in einem Gespräch dem ehemaligen Gymnasiasten Anton Ochs gesagt, *daß es nichts Schöneres gebe und nichts den Menschen mehr beglücke als das Familienleben. Der Priester müsse auf dasselbe verzichten und stehe allein in der Welt. Er habe zwar sein Auskommen, dagegen der Geschäftsmann genieße das Familienglück, seien seine Verhältnisse auch noch so drückend, und diese Verhältnisse könne er möglicherweise ändern und verbessern etwa durch Auswanderung nach Amerika. Der Priester aber besitze jenes Glück nicht und könne seine Verhältnisse nicht nach Belieben ändern, [...] er müsse stets Anderen gehorchen. Wenn ich noch einmal, fuhr Dr. Blümmer fort, auf die Welt komme, dann werde ich eher Schuster als Priester. Durch diese Äußerung wollte er mich wahrscheinlich in meinem Wunsche, Priester zu werden, bestärken?*<sup>210</sup> Auch andere ehemalige Schüler berichten, dass Dr. Blümmer das zölibatäre Leben als eine Zumutung empfunden und vor allem im Hinblick auf Jugendliche darin etwas Widernatürliches gesehen hat. So habe er geäußert, ihm fehle *der Respekt vor einem Jüngling, der nicht für die Jungfrau glüht*.<sup>211</sup>

Noch im gleichen Jahr, in dem diese Äußerungen gemacht wurden, verkündete Pius IX. der katholischen Welt das Dogma von der unbefleckten Empfängnis Mariä.<sup>212</sup> So ist es nachvollziehbar, dass diese Äußerungen Dr. Blümmers heftig Anstoß erregten. Andererseits kamen mit Dr. Blümmers Ansichten Leben und Pluralität der religiösen Glaubensüberzeugungen in die Schule, die in Bensheim schon seit einiger Zeit eben nicht mehr von Priestern und der katholischen Kirche alleine definiert wurde. Und auch innerhalb der katholischen Kirche gab es Gegensätze, die in den Deutschkatholiken gerade einen exponierten Ausdruck gefunden hatten. Insofern fasste der ehemalige Schüler Kempf die Problematik treffend zusammen, wenn er sagte: *Ueberhaupt schlich sich nach und nach ein Pantheismus ein, den Dr. Blümmer von Feuerbach in Heidelberg und aus dem Theater in Darmstadt mitbrachte*.<sup>213</sup>

In den Berichten der ehemaligen Bensheimer Gymnasiasten wird immer wieder betont, dass sich die Lehrer in ihrer Weltanschauung stark an protestantischen Ideen orientierten. So heißt es auch vom Gymnasiallehrer Martin Helm, dass er *Paulus von Heidelberg in den 15<sup>ten</sup> Himmel*<sup>214</sup> lobte und dagegen *den Übertritt des Grafen von Stolberg zum Katholizismus*<sup>215</sup> verurteilt hat. Joseph Helm, der Direktor des Gymnasiums, wurde als *Kantianer* verachtet, *indem fast dies allein ‚Man muß vernunftgemäß handeln‘ sein Grundsatz ist*.<sup>216</sup> Dem Geschichtslehrer Hermann wurde vorgehalten, sich vornehmlich mit Personen zu beschäftigen, *welche sich gegen kirchliche und sämtliche Ordnung aufgelehnt haben*, die er dann *gegen die Autorität in Schutz* nehme; auch trage er *in kirchenfeindlichem Geiste die Reformationsgeschichte*<sup>217</sup> vor. Darüber hinaus wird in den Berichten auch die Lektüre von Goethe und Schiller in die gleiche antikatholische Ecke gestellt. So berichtete der ehemalige Schüler Kempf, *ein Gymnasiast [sei ihm] bekannt, der mit dem Beichtvater in der Beichte disputierte über den Werth gewisser Bücher, als Schiller, Göthe*.<sup>218</sup> Sogar die Lektüre der vorchristlichen lateinischen Literatur, *der schmutzigsten Satiren des Horaz und desgleichen Juvenal*,<sup>219</sup> bei der *zu schlüpfrigen Stellen eine weitläufige Erklärung gegeben*<sup>220</sup> wurde, stand gleich neben dem religiösen *Indifferentismus*,<sup>221</sup> demzufolge *alle Religionen gleich gut sind*.<sup>222</sup> Dem 1854 am Gymnasium unterrichtenden evangelischen Pfarrer Gustav Schlosser, einer im Protestantismus nach 1848 nicht ganz-

<sup>206</sup> Ebd.

<sup>207</sup> Ebd., Aussage Helwig.

<sup>208</sup> Ebd.

<sup>209</sup> Ebd., Aussage Ochs.

<sup>210</sup> Ebd.

<sup>211</sup> Ebd., Aussage Itzel I.

<sup>212</sup> Jürgensmeier, Bistum Mainz (wie Anm. 6), S. 287.

<sup>213</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2; Aussage Kempf.

<sup>214</sup> Ebd., Aussage Schneider.

<sup>215</sup> Ebd.

<sup>216</sup> Ebd., Aussage Winter.

<sup>217</sup> Ebd., Bericht Moufang.

<sup>218</sup> Ebd., Aussage Kempf.

<sup>219</sup> Ebd., Bericht Moufang.

<sup>220</sup> Ebd.

<sup>221</sup> Ebd.

<sup>222</sup> Ebd.



unbedeutenden Gestalt, weil er zu den führenden Vertretern der Inneren Mission zählte, wurde vorgehalten, dass er *bei Ertheilung seines Religionsunterrichtes eines Katechismus als Leitfaden sich bedient, und der auch den Schülern in die Hände gegeben ist, in welchem auf der einen Spalte die Glaubenslehre seiner Kirche; auf der anderen Spalte die Glaubenslehre der katholischen Kirche, jedoch ganz entstellt und verdreht aufgeschrieben wurde. [...] Und dieses geschieht an einem Gymnasium, das zur Förderung des katholischen Lebens aus rein katholisch-kirchlichen Mitteln errichtet wurde!*<sup>223</sup>

Einige Lehrer des Gymnasiums bezogen ihre geistigen Anregungen offensichtlich nicht nur aus Bensheim selbst, sondern besuchten häufig Darmstadt, aber besonders auch Heidelberg. Das machen die Hinweise auf die protestantischen Theologen bzw. Philosophen Paulus und Feuerbach deutlich. Tatsächlich hatte Ludwig Feuerbach, der bekannte Philosoph und Religionskritiker, 1848/49 in Heidelberg „Vorlesungen über das Wesen der Religion“<sup>224</sup>

<sup>223</sup> Ebd., Bericht Baumann.

<sup>224</sup> Religion in Geschichte und Gegenwart (wie Anm. 39), S. 927.



Seminaristen vor dem Hauptportal des 1908/11 errichteten neuen Lehrerseminars, des späteren Alten Kurfürstlichen Gymnasiums, um 1915 (StadtA Bensheim, Fotosammlung).

gehalten, von denen einige Bensheimer Lehrer wohl gehört oder diese sogar besucht hatten. Heinrich Eberhard Gottlob Paulus (1761–1851) dagegen ist heute eher unbekannt. Er lehrte seit 1811 in Heidelberg, wo er auch 1851 starb. Von ihm heißt es, er habe „mit der Bibel und der frommen Innerlichkeit des Gemüts die Fahne der Vernunft hoch[gehalten]. Sein Frommer war ein ‚Denkgläubiger‘, der in der Botschaft des Neuen Testaments eine dem Verstande unmittelbar einleuchtende Wahrheit sah.“<sup>225</sup> Unschwer kann man erkennen, dass und wie Professor Paulus zum Vorbild für Dr. Blümmer geworden ist. Auch Dr. Blümmer ließ in seinem Religionsunterricht, zumindest in den oberen Klassen, das Evangelium lesen, übersetzen und wirken. Dabei leistete er nur eine geringe exegetische Hilfestellung. Aber genau diese Lehrweise wurde von den zukünftigen Priestern bemängelt, während sie andere Schüler dazu angeregt hat, sich mit den Aussagen der Bibel auseinanderzusetzen, allerdings in einer Weise, die als unkatholisch

<sup>225</sup> Nowak, Geschichte (wie Anm. 151), S. 95.

angesehen wurde. Dr. Blümmer förderte in diesem Sinne die Aufklärung. Das wurde ihm jedoch als Fehlverhalten angelastet, weil die Schüler des Gymnasiums damit Fernbleiben von kirchlichen Feiern und dem kritischen Hinterfragen von Religion verbanden. Nur mit einem solchen Verhalten, so wurde von den ehemaligen Gymnasiasten behauptet, habe man sich *den Namen eines Aufgeklärten erwerben [können]*<sup>226</sup>. Dr. Blümmer soll allerdings auch gesagt haben, *der Mensch könne nicht Gott erkennen, ohne Kenntniß der Geographie und Naturwissenschaft*.<sup>227</sup> Damit wird deutlich, dass Dr. Blümmers Vorstellung von aufgeklärter Theologie auf die Bedürfnisse der Zeit einging und in einer unmittelbaren Nachbarschaft zu den Ansichten von Bernhard Krauß und den Verfechtern der Fortbildungsschule anzusiedeln ist. Dr. Blümmers Nachfolger als Benefiziat in Bensheim, Jakob Dommerque, vertrat eine genau entgegengesetzte Position. Seiner Ansicht nach hatten historische, geographische und naturwissenschaftliche Aspekte bei der Biblexegese und Gotteserkenntnis nichts zu suchen.

### Die beabsichtigte Rekatholisierung des Bensheimer Gymnasiums

In der Revolution von 1848/49 brachen nicht nur soziale und politische Konflikte auf, die seit 1815 mühsam und nicht immer erfolgreich unterdrückt wurden, vielmehr kam es zu einer religiösen Aufbruchsstimmung, die – wie oben erwähnt – gerade auch die Katholiken ergriffen hatte. Das in Ansätzen schon bestehende religiöse Vereinswesen in beiden Konfessionen, das im Gegensatz zu den Kirchen von einer zu beantragenden freiwilligen Mitgliedschaft, also auch von einem persönlichen Bekenntnis ausging, lebte auf. Die schon angesprochene Bewegung der Deutschkatholiken konnte in vielen deutschen Staaten nach dem März 1848 frei in Erscheinung treten und bekam, wie z.B. in Heidelberg Anfang Juni 1848, die so genannten Körperschaftsrechte.<sup>228</sup>

Auch in Bensheim lösten die sozialen und politischen Unruhen der Jahre um 1848/49 eine Lockerung der religiösen Sitten aus, die einige als Befreiung, andere als Verfall deuteten. Da gleichzeitig mit dem allmählichen Verlust der verschiedenen Machtpositionen der katholischen Kirche der Anteil und damit der Einfluss der protestantischen Bevölkerung in Bensheim stieg – z.B. wurde 1852 der erwähnte Gustav Schlosser zum Pfarrverweser der neu gegründeten evangelischen Gemeinde in Bensheim ernannt,<sup>229</sup> 1858 wurde eine evangelische Volksschule gegründet –, sah man den Säkularisierungsprozess als eine schleichende Machtübernahme der Protestanten.

Der Übertritt des katholischen Benefiziaten Dr. Franz Blümmer zum evangelischen Glauben im Sommer 1853 und das Ergebnis der anschließenden Untersuchung waren für die in dieser Hinsicht inzwischen hochsensibel gewordene katholische Kirche der Anlass, nun – nach dem Eingreifen an der Universität Gießen und am Lehrerseminar Bensheim – auch das Gymnasium in Bensheim zurück unter die Kontrolle der Kirche zu bringen. In einem Schreiben des Bischöflichen Ordinariats an das Großherzogliche Ministerium des Innern und der Justiz vom 16. März 1854 wurden zunächst die am Bensheimer Gymnasium entdeckten Missstände noch einmal kurz zusammengefasst. Demnach sei das Gymnasium *in einem wesentlichen Verfall* u[nd] *namentlich in voller Decatholisierung begriffen*.<sup>230</sup> Und weiter heißt es: *Dieß Alles findet mit einer Anstalt statt, welche zwar in neuerer Zeit ein Großherzogliches Gymnasium genannt u[nd] überhaupt als reines Staatsinstitut behandelt wird, welche aber in Wirklichkeit eine mit katholisch-kirchlichen Mitteln unterhaltene Anstalt ist*.<sup>231</sup> Der eigentlich rein kirchliche Fonds<sup>232</sup> – also der Bensheimer Benefiziaten- und Schulfonds – werde missbräuchlich verwendet, weswegen man Widerspruch gegen den Voranschlag *für den fraglichen Fonds pro 1854 einlege*.<sup>233</sup> Vor dem Hintergrund dieser Feststellungen – das Gymnasium sei eigentlich eine katholische Schule, der Benefizia-

<sup>226</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2.; Aussage Itzel I.

<sup>227</sup> Ebd.

<sup>228</sup> Frankfurter Journal vom 6. Juni 1848.

<sup>229</sup> Dinges (wie Anm. 27), S. 11.

<sup>230</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2., Schreiben des Bischöflichen Ordinariates vom 16. März 1854.

<sup>231</sup> Ebd.

<sup>232</sup> Ebd.

<sup>233</sup> Ebd.



Schüler der Klasse III des Bensheimer  
Gymnasiums im Jahre 1904/05  
(Festschrift 275 Jahre Altes Kurfürstliches  
Gymnasium Bensheim, Bensheim 1961, S. 32).

tenfonds ein kirchlicher Fonds – stellte das Bischöfliche Ordinariat den Antrag, daß das Bensheimer Gymnasium als eine kirchliche Lehranstalt der Kirche, welche sie gegründet u[nd] bis auf die Stunde mit ihren Mitteln erhalten hat u[nd] erhält, zurückgegeben, u[nd] unter die Aufsicht u[nd] Leitung der kirchlichen Behörde, beziehungsweise des Bischofs gestellt werde.<sup>234</sup>

In der weiteren Begründung definierte das Bischöfliche Ordinariat die katholische Kirche ausdrücklich als eine konservative Kraft und als eine Kritikerin des modernen Staates. In einem ausgesprochen selbstbewussten Ton wurde festgestellt, dass der moderne Staat, der sich das Monopol des gesamten wissenschaftlichen Unterrichtes von dessen Grundlagen an bis zu dessen höchster Spitze, beigelegt [habe], dafür aber auch billig der Menschheit, der Kirche u[nd] der Familie gegenüber die ganze Verantwortung für das Endresultat der modernen wissenschaftlichen Erziehung u[nd] der Geistesrichtung der jetzigen Generation u[nd] der nächstfolgenden Generationen zu tragen<sup>235</sup> habe. Mit dem Verweis auf Bensheim sollte das heißen, der Staat habe versagt. Deshalb müsse er sich gerne an der Kirche eine Concurrentin gefallen lassen, welche, indem sie den gesamten Unterricht unmittelbar mit der Weise der Religion u[nd] des geistlichen Glaubens durchdringt, eben dadurch auch den Staat-Bürger erzieht, die seine höchsten u[nd] wichtigsten staatlichen Zwecke in jeder Weise zu fördern geeignet sind.<sup>236</sup> Dies bedeute allerdings keineswegs, dass man sich der staatlichen Oberaufsicht, z.B. den Visitationen entziehen wolle. Allerdings verlangte das Bischöfliche Ordinariat, bei der Lehrereinstellung freie Hand zu haben. Das Abitur wolle man dagegen unter der Aufsicht eines Staatskommissars ablegen lassen. Da aber die Verhandlungen über diesen Vertrag noch einige Zeit beanspruchen würden, verlange man wegen der aktuellen Missstände Sofortmaßnahmen. Zu diesen sollten gehören: 1.) Ein neues Direktorium; vorläufig wenigstens eine straffere Führung durch Direktor Helm; dieser müsse den Benefiziaten Dommerque unterstützen; zwei Schüler seien, wie von Dommerque verlangt, von der Schule zu verweisen. 2.) Professor Hermann dürfe nicht weiter Geschichtsunterricht geben; an dessen Stelle solle ein zweiter Benefiziat für diesen Zweck eingesetzt werden. 3.) Gymnasiallehrer Kunkel sei unter Androhung der Entfernung von der Schule ein Verweis zu erteilen; dessen

<sup>234</sup> Ebd.

<sup>235</sup> Ebd.

<sup>236</sup> Ebd.



Der großherzogliche Ministerpräsident Reinhard von Dalwigk (1802–1880) fand für seine konservative Politik auch die Unterstützung des Mainzer Bischofs Wilhelm Emmanuel von Ketteler. Ölgemälde von Eduard von Heuß um 1850 (HStAD, R4 Nr. 12428. Das Original befindet sich im HStAD).

Bruder Rektor Kunkel sei von der Schule zu entfernen. 4.) Zeichenlehrer Rückert sei von der Schule zu entfernen. 5.) Wegen seines Verhaltens sei Lehrer Hattermer zu verwarnen und unter Aufsicht zu stellen. 6.) Das Vorschlagsrecht für die Neubesetzung der Stellen, die durch die Entlassung von Rektor Kunkel und Ludwig Rückert frei werden, liege bei der Kirche. 7.) Der Bensheimer Pfarrer solle zusammen mit dem Direktor eine neue Gottesdienstordnung für das Gymnasium entwerfen.<sup>237</sup>

Die Darmstädter Behörden haben diese Forderungen zumindest teilweise umgehend erfüllt. Tatsächlich wurden Franz Joseph Kunkel und Ludwig Rückert noch 1854 entlassen. Professor Hermann erteilte künftig keinen Geschichtsunterricht mehr; dieser wurde ab dem 5. Oktober 1854 von einem zweiten Benefiziaten, dem Priester Wilhelm Kaufmann aus Mainz<sup>238</sup> übernommen. Direktor Helm wurde allerdings nicht, wie gefordert, durch einen anderen Direktor ersetzt. Als Helm 1861 schwer erkrankte, vertrat ihn – ironischerweise – Professor Hermann als dienstältester Lehrer. Im Übrigen gab auch der evangelische Pfarrer Gustav Schlosser 1854 die Bensheimer Pfarrstelle und damit den Religionsunterricht am Gymnasium auf und wechselte in das benachbarte protestantische Schönberg. Seine Entlassung wurde zwar vom Bischöflichen Ordinariat nicht ausdrücklich gefordert. Allerdings verlangte der untersuchende Dekan Baumann in seinem den Darmstädter Behörden zugestellten Bericht, das Darmstädter Oberkonsistorium habe für einen anderen Katechismus im evangelischen Religionsunterricht am Gymnasium zu sorgen. Warum Schlosser nach Schönberg gegangen ist, konnte nicht geklärt werden. Am 23. August 1854 wurde zwischen Bistum und großherzoglicher Regierung eine „Vorläufige Übereinkunft“ unterzeichnet, die dem Bischof u.a. die selbständige Besetzung aller geistlichen Stellen einräumte.<sup>239</sup> Die Verhandlungen zwischen der Darmstädter Staatsbehörde und dem Bischöflichen Ordinariat in Mainz über die Zukunft des Bensheimer Gymnasiums sind in diesem Kontext zu sehen. Ein Verhandlungsergebnis war, dass das Bensheimer Gymnasium keine bischöflich-katholische Einrichtung wurde. In der Folgezeit arbeiteten die Regierung Dalwigk und das Mainzer Bischöfliche Ordinariat gut zusammen, auch wenn seit Anfang der 1860er Jahre diese Zusammenarbeit in der politischen Öffentlichkeit heftig kritisiert wurde. Kettelers anfangs betriebene Konfrontationspolitik gegenüber den großherzoglichen Behörden konnte zwar den Eindruck erwecken, als sei es ihm um genau die gleichen Ziele wie der ultramontanen Partei gegangen. Aber im Hinblick auf die „Vorläufige Übereinkunft“ gab es auch Differenzen. So hat diese auch nie den Segen von Pius IX. bekommen.<sup>240</sup>

### Der Benefiziat Dommerque kämpft weiter gegen Missstände am Gymnasium

Der 1853 nach Bensheim geschickte Benefiziat Dommerque hatte entweder diese Zusammenhänge nicht begriffen oder wollte tatsächlich Bischof Ketteler zu einer anderen, mehr auf Konfrontation ausgerichteten Politik zwingen. Jedenfalls stellte er die Zusammenarbeit zwischen Ketteler und Dalwigk mindestens noch zweimal auf die Probe. So konstatierte er am 26. September 1860<sup>241</sup> ganz im Geiste der Untersuchung von 1853/54, dass es *für die hiesige Anstalt kein Glück [gebe] so lange die ältern Herren nicht pensionirt sind*.<sup>242</sup> Gemeint sind die schon bekannten Lehrer, die nach 1854 am Gymnasium bleiben konnten, in erster Linie Direktor Helm und Sebastian Kunkel, aber auch Martin Helm. Franz Joseph Hermann wurde dagegen, wie schon bemerkt, inzwischen günstiger eingeschätzt. Dommerque berichtete an Ketteler, dass *fast keine Woche*<sup>243</sup> vergehe, ohne dass diese Bensheimer Lehrer in Darmstadt vorstellig werden, um z.B. eine *Theuerungszulage*<sup>244</sup> aus dem Benefiziatenfonds zu erwirken. Das sollte wohl heißen, dass dieser Fonds nach wie vor missbraucht wurde. Auch seien die Unterrichtsleistungen dieser Lehrer ausgesprochen dürftig. Sebastian Kunkel beispielsweise wurde

<sup>237</sup> Ebd.

<sup>238</sup> Dinges (wie Anm. 27), S. 7.

<sup>239</sup> Handbuch der hessischen Geschichte (wie Anm. 70), S. 823.

<sup>240</sup> Jürgensmeier, Bistum Mainz (wie Anm. 6), S. 287.

<sup>241</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2.

<sup>242</sup> Ebd., Dommerque, 26. September 1860.

<sup>243</sup> Ebd.

<sup>244</sup> Ebd.

vorgehalten, dass bei ihm die Schüler nicht nur nichts lernten, sondern sogar das vorher Gelernte wieder vergessen würden. Aber gerade Kunkel sei von der protestantischen Clique hier und zu Darmstadt zum Nachfolger des Directors Helm<sup>245</sup> ausersehen. Vielleicht war es die zu klärende Nachfolgefrage – Joseph Helm war schwer erkrankt –, die Dommerque 1860 zu seiner erneuten Intervention veranlasste. Über Kunkel heißt es, er gefalle sich darin, den Philosophen zu machen und in Allem einen universellen Standpunkt einzunehmen, er [sei] darum der Lobredner einer falschen Aufklärung und verkehrten Toleranz; eine Spätgeburt des Illuminatenthums und das lebendigste Bild eines für seine Religion erstorbenen, durch und durch indifferenten Menschen.<sup>246</sup> Ferner zweifelte Dommerque Kunkels philologische Qualifikation an. Dieser habe das Examen in Gießen nur dank der Intervention des damaligen Ministerialrats von Linde erreicht. Diese Stoßrichtung des Urteils, die Beschuldigten seien Vertreter der falschen Aufklärung und Protégés der protestantischen Behörden, konnte man schon in der Untersuchung von 1854 finden und sie kennzeichnet auch Dommerques letzte Intervention von 1863, nach der er seinen Kampf aufgab.

In Dommerques Schreiben vom 26. September 1860 wird nach diesem Muster auch der ehemalige katholische Geheime Staatsrat von Wreden in diesem Sinne beschuldigt, am Niedergang des von ihm selbst konzipierten Gymnasiums seinen Anteil gehabt zu haben. In einer Nebenbemerkung wird über den 1825 provisorisch angestellten Martin Helm gesagt, er habe seine definitive Anstellung 1837 nur durch die Protection des Herrn von Wrede [sic], bei dessen ‚Hausfräulein Emma‘ er sich durch Überreichung von Gelegenheitsgedichten in hohe Gunst zu setzen wußte,<sup>247</sup> erreicht. Auch habe er in früheren Jahren einer liberalen Richtung [gehuldigt].<sup>248</sup> Damit spricht Dommerque die Zeit an, in der angeblich die Rechtspositionen der katholischen Kirche aufgegeben wurden und in katholischen Kirchenkreisen eine liberale, aufgeklärte Richtung dominierte. Dommerques Einschätzung deckt sich übrigens mit dem Urteil des Bensheimer Pfarrers Bloesinger, das dieser schon 1854 abgegeben hatte. Darin behauptete er, die Bensheimer Lehrer – also vor allem die angegriffenen Brüder Joseph und Martin Helm, Franz Joseph Hermann, Sebastian Kunkel – seien zwar katholisch, allein sie tragen den Stempel der Rüstung jener Zeit, worin ihre Jugendbildung fiel, wornach manche eigentliche spezifisch katholische Lebensäußerung weniger Wurzel gefaßt hat und mehr noch, den besonderen Verhältnissen wegen, um keine zu starke katholische Färbung zu zeigen, weniger zu Tage trat.<sup>249</sup> Die Zeit, um die es hier geht, ist jene, die von Wreden mitgeprägt hat, die Zeit nach 1803, nach 1806, nach 1815, also die Zeit des aufgeklärten Reformbeamtentums. Dies war aber auch die Zeit, in der Württemberg, Baden, Nassau, Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt in den so genannten „Frankfurter Konferenzen“ 1818 versuchten, „die ‚Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der katholischen Kirche in den deutschen Bundesstaaten‘ mit starker staatskirchlicher und antirömischer Akzentuierung“<sup>250</sup> zu erarbeiten. Der Vertreter Hessen-Darmstadts auf dieser Konferenz war Karl Joseph von Wreden. Für ultramontan ausgerichtete Katholiken wie Dommerque gehörte dies alles zu einer Zeit des Verfalls.

## Dommerques Kampf gegen die Naturwissenschaften

Am 26. Dezember 1862 wandte sich der Benefiziat Dommerque in einem persönlichen Brief an Bischof Ketteler und teilte ihm mit, dass der provisorische Lehrer der Naturwissenschaften Stoll [...] am 8ten Dezember in der Prima gesagt habe: Es sey bei der Ausgrabung in Steinölbezirken eine Pyramide mit Hieroglyphenschrift aufgefunden worden, wornach es schon vor mehr als neuntausend Jahren v. Chr. Menschen gegeben habe. Die vierzig Jahre, die das Judenvolk in der Wüste zugebracht, bedeuteten, wie das lateinische Sexcenti, einen unbestimmten Zeitraum von wenigstens tausend

<sup>245</sup> Ebd.

<sup>246</sup> Ebd.

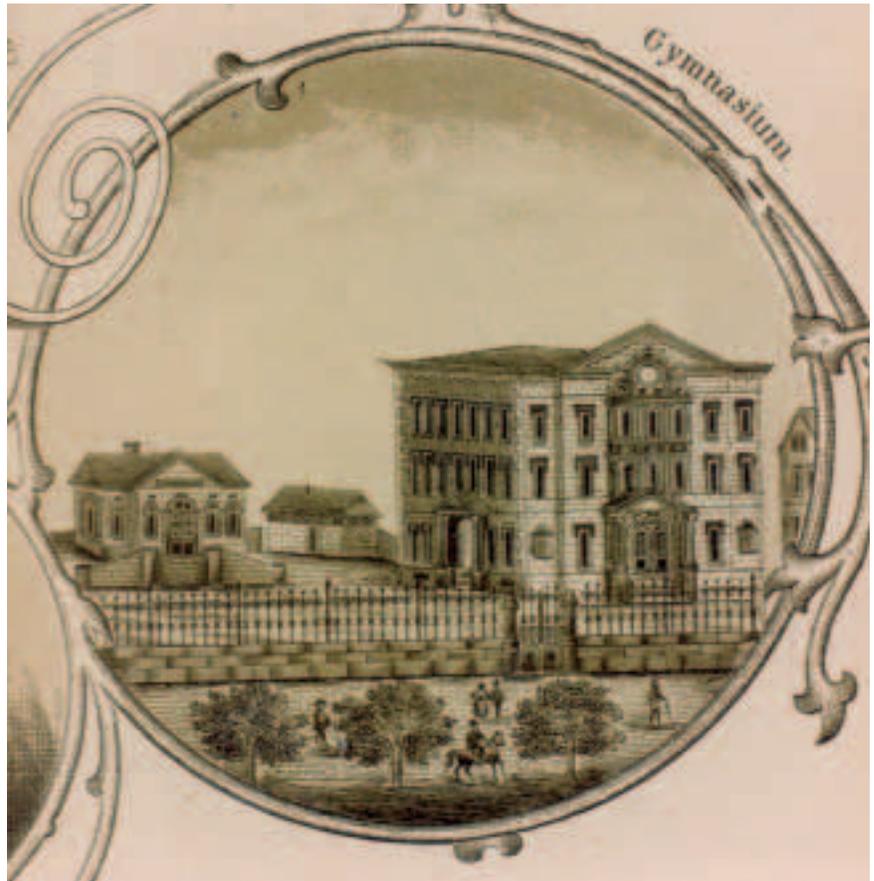
<sup>247</sup> Ebd.

<sup>248</sup> Ebd.

<sup>249</sup> Ebd., Aussage Bloesinger.

<sup>250</sup> Jürgensmeier, Bistum Mainz (wie Anm. 6), S. 273.

Ein Neubau des Gymnasiums in Bensheim erfolgte im Jahre 1882 an der Auerbacher Straße. 1966 übersiedelte das Gymnasium in die Räumlichkeiten des früheren Lehrerseminars an der Wilhelmstraße. Vignette einer Lithographie von Albin Hermann Georg Strauß, 1882 (Museum der Stadt Bensheim).



Jahren. Es habe also schon Menschen gegeben, ehe sie Gott erschaffen habe. Ebenso hat er in der nämlichen Classe erklärt, bei der Zerstörung von Sodom und Gomorra sey kein Feuer und Schwefel vom Himmel gefallen, sondern es seyen daselbst Vulkane, die Feuer auswerfen.<sup>251</sup> Da der seit Januar 1862 das Gymnasium leitende Direktor Dr. Schöller<sup>252</sup> nichts Ernsthaftes gegen Stoll unternehme, werde er einen *schriftlichen Antrag, die Sache untersuchen zu wollen*,<sup>253</sup> an den Direktor stellen. Obwohl Ketteler später auch in offiziellen Schreiben Dommerques an das Bischöfliche Ordinariat über dessen Vorgehen informiert wurde, machte er keinen Versuch, diesen von seinem Handeln abzubringen. Erst nachdem der Streit sich so weit zugespitzt hatte, dass sowohl das Mainzer Bischöfliche Ordinariat als auch die Darmstädter Oberstudien-direktion auf dem Dienstweg eingeschaltet wurden, griff Bischof Ketteler ein. Zunächst ließ er ein theologisches Gutachten erstellen. Darin heißt es, dass Stolls *Erklärungsversuche, seine Schrifterklärungen von sehr zweifelhaftem Werth [seien], jedoch [...] nirgends gegen den Glauben zu verstoßen [scheinen]. Dagegen sei sich Dommerque offenbar bezüglich des richtigen Verhaltens des Theologen der Naturwissenschaft gegenüber durchaus nicht im Klaren.*<sup>254</sup> Auch könne Dommerques Forderung auf die unbedingte Entfernung Stoll's [...] uns nach jeder Seite hin verletzen. Demnach musste Dommerque an einem weiteren Vorgehen gehindert werden. Er erhielt sowohl in einem persönlichen Gespräch mit Ketteler als auch in einem offiziellen Schreiben des Bischöflichen Ordinariats einen strengen Verweis. Allerdings verlangte Ketteler von der Darmstädter Oberstudien-direktion, sie solle verhindern, dass Dr. Stoll sich in Zukunft in seinem Unterricht mit theologischen Fragen beschäftige. Schließlich erhielt Dommerque auch noch einen *scharfen Verweis* durch die Oberstudien-direktion, so dass er, wie er Ketteler verbittert mitteilte, *dreimal über sein Verhalten zur Rede gestellt* wurde, obwohl er nur seine Pflicht getan, während *Stoll gefehlt*<sup>255</sup> habe. Im

<sup>251</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2.

<sup>252</sup> Dinges (wie Anm. 27), S. 13.

<sup>253</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2.

<sup>254</sup> Ebd.

<sup>255</sup> Ebd., Dommerque, 23. Mai 1863.

Anschluss an diese Ereignisse ist der Benefiziat, Religions- und Gymnasiallehrer Dommerque nicht mehr als Kämpfer für die katholische Sache am Gymnasium aktenkundig aufgefallen.

Auch wenn es nicht möglich ist, ein differenziertes psychologisches Bild von Dommerque zu entwerfen, wäre es vermutlich verfehlt, seine Aktionen als ausschließlichen Ausdruck einer exzentrischen Persönlichkeit zu interpretieren. Dommerque war wohl ein extremer Priester und Religionslehrer, aber nicht ganz untypisch für jene Zeit. So wurde schon seit den 1840er Jahren bei den Priestern eine „Isolierung [...] gegenüber den Kommunikationsformen des bürgerlichen Lebens“ festgestellt. Dabei „sei eine Revitalisierung der Vorschriften des Konzils von Trient (1545–1563) über Ausbildung und Lebenswandel des Klerus“<sup>257</sup> erfolgt, was zu einer „intellektuelle[n] Abschließung vom Weltbild der Naturwissenschaften und den geistigen Strömungen der Zeit“<sup>258</sup> geführt habe. Tatsächlich hatte sich Dommerque in der Auseinandersetzung mit Dr. Stoll auch auf das Konzil von Trient bezogen, wenn er forderte, dass *an katholischen Gymnasien nur Katholiken zu lehren haben; daß man Katholik aber nur ist, wenn man Alles glaubt, was die katholische Kirche lehrt, wozu nach dem Tridentinum [...] auch die Göttlichkeit und somit auch Glaubwürdigkeit sämtlicher Bücher des alten und neuen Bundes gehört.*<sup>259</sup>

Vielleicht fühlte sich Dommerque auch durch eine falsche Interpretation der politischen Auseinandersetzung zu seinem Handeln aufgefordert. So setzte „ab 1860 von liberalen und antikatholischen protestantischen Kreisen im Parlament und in der Presse“<sup>260</sup> ein heftiger Kampf gegen die Zusammenarbeit zwischen Ketteler und Dalwigk ein. Ketteler selbst sah sich deswegen veranlasst, ab 1861 zum publizistischen Gegenangriff überzugehen, so dass Dommerque hier eine Ermutigung für sein Handeln gesehen haben könnte.<sup>261</sup> Als Ketteler 1866 wegen der nicht endenden Angriffe schließlich „die Zurücknahme der ‚Vorläufigen Konvention‘“<sup>262</sup> dem Großherzog anbot und dieser sofort darauf einging, war Dommerque schon ein geschlagener Mann.

## Englische Fräulein und protestantische Höhere Töcherschule

Zur Verhärtung des konfessionellen Konfliktes im Vorfeld des Kulturkampfes trug sicherlich bei, dass im Jahre 1858 die Englischen Fräulein nach Bensheim geholt wurden. Über einen solchen Plan wurde, wie schon erwähnt, bereits 1845 nachgedacht; auch darüber, was die Englischen Fräulein im Bensheimer Schulwesen zu leisten hätten. Dass sie 1858 nach Bensheim kamen, hatte allerdings mit den alten Plänen unmittelbar nichts mehr zu tun. Das belegen die Verhandlungen im Bensheimer Ortsschulvorstand im Jahre 1851, als man kurzfristig überlegte, die Kleinkinderanstalt von den Barmherzigen Schwestern,<sup>263</sup> also von einem anderen Frauenorden, betreuen zu lassen.<sup>264</sup> Überhaupt förderte das Bistum Mainz schon seit 1847/48 das Ordenswesen und bemühte sich um neue Ordensniederlassungen im Bistum. In der Amtszeit von Bischof Ketteler konnten die Englischen Fräulein außerhalb von Mainz zwölf neue Niederlassungen gründen;<sup>265</sup> eine davon war die in Bensheim. Allerdings hatten nicht alle Befürworter der erzieherischen Tätigkeit der Englischen Fräulein jene Rekatholisierung im Sinn, wie sie in den Anträgen des Bischöflichen Ordinariats aus dem Jahre 1854 zum Ausdruck kam. Der Gemeinderat dachte eher pragmatisch an die geringeren Kosten. In diesem Sinne wurde am 15. Februar 1858 vom Bensheimer Gemeinderat beschlossen, *die beiden Mädchenschulstellen von Merz und Hartleb durch 2 englische Fräulein versehen*<sup>266</sup> zu lassen. Im gleichen Jahr wurde die Kleinkinderschule den Englischen Fräulein übergeben. Im Juni 1858 übernahmen sie die 1850 von Christine Brauneis gegründete *Höhere Erziehungs- und Unterrichts-Anstalt für Mädchen*,<sup>267</sup> im Oktober 1858 erhielt schließlich die *Candidatin Moufang*<sup>268</sup> von den Englischen Fräulein die Erlaubnis der Schulbehörde, die Mädchenklassen der Stadtschule zu unterrichten. Während im

<sup>256</sup> Nowak, Geschichte (wie Anm. 151), S. 133.

<sup>257</sup> Ebd.

<sup>258</sup> Ebd.

<sup>259</sup> Dom- und Diözesanarchiv Mainz, Gymnasium Bensheim, 2., 8. Februar 1863.

<sup>260</sup> Jürgensmeier, Bistum Mainz (wie Anm. 6), S. 287.

<sup>261</sup> Ebd., S. 288.

<sup>262</sup> Ebd.

<sup>263</sup> StadtA Bensheim, KV 3805-2.

<sup>264</sup> Siehe auch: Jürgensmeier, Bistum Mainz (wie Anm. 6), S. 297.

<sup>265</sup> Ebd., S. 298.

<sup>266</sup> Nach: Festschrift Liebfrauenschule (wie Anm. 130), S. 43.

<sup>267</sup> Anzeigebblatt für den Regierungs-Bezirk Heppenheim vom 26. April 1850.

<sup>268</sup> Katholisches Pfarrarchiv Bensheim IV, G/014.

Hinblick auf die Kleinkinderschule und die Mädchenklassen der Volksschule keine Probleme oder Proteste bekannt sind, so war dies bei der so genannten Höheren Mädchenschule anders.

Dort, so wird es in der Chronik des „Institutes St. Mariä“<sup>269</sup> berichtet, gab es *manche Unannehmlichkeit wegen der Verschiedenheit der Confessionen, doch traten diese Unannehmlichkeiten nicht nach außen*.<sup>270</sup> 1859 jedoch schieden vier protestantische Kinder<sup>271</sup> aus dem Institut der Englischen Fräulein aus. Bei einer Gesamtzahl von etwa 30 Schülerinnen war das ein kaum zu verbergender Vorgang.<sup>272</sup>

Diese konfessionelle Scheidung der Schülerschaft führte dazu, dass 1872 eine weitere private Mädchenschule ins Leben gerufen wurde, deren Gründungskuratorium im Wesentlichen aus Bensheimer Protestanten bestand.<sup>273</sup> Die so genannte Töchterchule<sup>274</sup> sollte nach ihren Grundsätzen „keinem Stand und keiner Konfession verschlossen bleiben“<sup>275</sup>; aber schon das allein reichte aus, dass sie für überzeugte Katholiken keine Alternative zum Institut der Englischen Fräulein sein konnte. Für diese war die Höhere Töchterchule eine protestantische Anstalt. Das spielte so lange keine entscheidende Rolle, wie die beiden privaten konfessionellen Einrichtungen nebeneinander existierten und eine unterschiedliche Klientel bedienten.

## Der Kulturkampf

Die Phase des Kulturkampfes wurde 1871<sup>276</sup> in Bensheim durch einen Skandal eingeleitet, den der an der Handwerkerschule bzw. Fortbildungsschule beschäftigte Stadtschullehrer Karl Armbruster ausgelöst hatte. Nach eigenen Angaben hatte er am 18. Januar 1871, also am Tag der Reichsgründung, in einer Gaststätte, in der sich *die Herren' zu versammeln pflegen*, auf eine Bemerkung eines anderen Gastes, *daß dem Papst nur noch der Vatikan bliebe*, geantwortet: *Platz genug hat der Vatikan, denn er soll 11.000 Zimmer haben; so viele sind nicht in ganz Bensheim*.<sup>277</sup> Darauf stellte der katholische Schulvorstand von Bensheim unter Pfarrer Sickinger – der Pfarrer, der sich weigerte, Dr. Bernhard Krauß zu beerdigen – bei der Kreisschulkommission den Antrag, Armbruster aus der Volksschule zu entfernen.<sup>278</sup> Dieser Antrag wurde offensichtlich abgelehnt. Armbruster jedenfalls blieb Lehrer in Bensheim, übernahm sogar ab April 1876 den Unterricht in Gesang, Zeichnen und Schreiben am Gymnasium.<sup>279</sup>

Seit 1874 galt im Großherzogtum Hessen ein neues Volksschulgesetz. Dort war in Artikel 38 festgelegt, dass *Mitglieder geistlicher Orden oder ordensähnlicher Kongregationen nicht als Lehrer oder Lehrerinnen an öffentlichen Schulen verwendet werden*<sup>280</sup> dürfen. Auch an Privatschulen durften nun nur Lehrer bzw. Lehrerinnen mit einer vom Staat anerkannten Qualifikation unterrichten.<sup>281</sup> Das hatte natürlich Auswirkungen auf die Tätigkeit der Englischen Fräulein. Zunächst musste das Institut der Englischen Fräulein 1875 eine Vorsteherin mit Staatsexamen einstellen. Darüber hinaus wurden einige Ordensschwwestern aus dem Großherzogtum ausgewiesen,<sup>283</sup> so dass insgesamt das Leben und die Arbeit dieses Ordens deutlich behindert wurden. Im Februar 1876 musste die Stadt Bensheim die Englischen Fräulein entlassen, die an der Stadtschule die Mädchenklassen unterrichteten. Der Bensheimer Stadtrat bezahlte daraufhin den entlassenen Lehrerinnen auf fünf Jahre eine Pension von 400 Gulden,<sup>284</sup> sozusagen als Solidaritätsbeitrag im Kulturkampf.

Darüber hinaus erhielten die Englischen Fräulein publizistische Unterstützung durch den Starkenburger Boten.<sup>285</sup> Ob es in Bensheim zu weiteren Solidaritätsmaßnahmen im Kampf gegen die verschiedenen, die katholische Kirche besonders betreffenden Gesetze<sup>286</sup> gekommen ist, kann aus den vorliegenden Schulakten nicht geschlossen werden. Bekannt hingegen ist, dass der Kulturkampf im Bensheimer Lehrerseminar zu einer „Laisierung des Direktorats und einer Simultanisierung der Anstalt selbst“<sup>287</sup> geführt hat. An-

<sup>269</sup>Festschrift Liebfrauenschule (wie Anm. 130), S. 41.

<sup>270</sup>Ebd., S. 42.

<sup>271</sup>Ebd., S. 44.

<sup>272</sup>Ebd., S. 42.

<sup>273</sup>Fritz Hering: Rückblick auf 90 Jahre Schulgeschichte 1872-1962 Goetheschule an der Bergstraße, Bensheim 1962.

<sup>274</sup>Hering, Rückblick (wie Anm. 273), S. 6.

<sup>275</sup>Ebd.

<sup>276</sup>Jürgensmeier, Bistum Mainz (wie Anm. 6); dort wird der hessische Kulturkampf in die Zeit zwischen 1871 und 1886 gelegt.

<sup>277</sup>Katholisches Pfarrarchiv Bensheim, IVG/007.

<sup>278</sup>Ebd., 3. Februar 1871.

<sup>279</sup>Dinges (wie Anm. 27), S. 12.

<sup>280</sup>Volksschulwesen (wie Anm. 100), S. 99.

<sup>281</sup>Ebd., S. 64.

<sup>282</sup>Festschrift Liebfrauenschule (wie Anm. 130), S. 50.

<sup>283</sup>Ebd.

<sup>284</sup>Ebd., S. 52.

<sup>285</sup>Ebd., S. 53.

<sup>286</sup>Jürgensmeier, Bistum Mainz (wie Anm. 6), S. 295.

<sup>287</sup>Denkschrift (wie Anm. 89), S. 22.

stelle des geistlichen Direktors Weinheim trat nun der Reallehrer Johann Baptist Mühr.“<sup>288</sup> Das Gymnasium leitete seit 1867 Dr. Johann Baptist Geyer, ein Lehrer, der 1854 zusammen mit dem Lehrer Hattemer ins Visier des Bischöflichen Ordinariats geriet, weil sie sich angeblich einmal auf einem Fest betrunken und zusammen mit verdächtigen Frauen gezeigt hatten. Die harte Zeit des Kulturkampfes ging im Allgemeinen 1878 zu Ende. Allerdings konnte nach Kettlers Tod 1877 erst 1886 mit Paul Leo Haffner ein neuer Bischof für das Großherzogtum eingesetzt werden. Bis dahin verweigerte der Großherzog seine Zustimmung zur Ernennung des vom Domkapitel gewählten ehemaligen Bensheimer Pfarrverwesers Christoph Moufang. Während sich nun auch im Großherzogtum Hessen die konfessionellen Verhältnisse normalisierten, kam es in Bensheim am Ende des alten bzw. zu Anfang des neuen Jahrhunderts zu einem erneuten Ausbruch des Konflikts.

### Die Kommunalisierung der protestantischen Höheren Töchterschule

Anlass und Gegenstand der mit einer unglaublichen Heftigkeit geführten Auseinandersetzung war der am 10. Dezember 1898 vom Kuratorium der Höheren Töchterschule gestellte Antrag an den Bensheimer Gemeinderat, die 1872 hauptsächlich von Protestanten gegründete Schule in eine erweiterte Volksschule umzuwandeln.<sup>289</sup> Eine erweiterte Volksschule war, wie jede Volksschule, eine öffentliche Gemeindeschule mit dem Zweck, *weiter gehende Bildungsbedürfnisse zu befriedigen, ohne die Ziele der höheren Lehranstalt zu erreichen.*<sup>290</sup> Dabei hatte die oberste Schulbehörde, unter Berücksichtigung der örtlichen Bedürfnisse, die näheren Bestimmungen [...] zu treffen.<sup>291</sup> Das Kuratorium und die Unterstützer der Höheren Töchterschule behaupteten, dieses genannte Bedürfnis liege vor. Zwar versicherten die Antragsteller sofort, dass dies den städtischen Haushalt nicht belasten<sup>292</sup> würde; auch gaben schließlich 52 Bensheimer Bürger, darunter sieben Katholiken, Sicherheitsgarantien in Form von Kautionen ab, so dass



Zwischen 1867 und 1877 leitete Johann Baptist Geyer das Bensheimer Gymnasium, an dem er bereits seit 1853 unterrichtet hatte (Festschrift zur 250-Jahrfeier des Gymnasiums Bensheim an der Bergstraße 1686–1936, Bensheim 1936, nach S. 40).



1869 ersteigerten die Englischen Fräulein den Oberhof und ließen ihn zum Schulhaus umbauen. Die Zeichnung von Philibert Graf Graimberg entstand kurz nach 1870 und zeigt neben dem Schulbau auch den Roten Turm der ehemaligen Stadtbefestigung (Kurpfälzisches Museum Heidelberg, Skizzenbücher Graimberg).

<sup>288</sup> Ebd. Siehe auch Berlet, Lehrerbildung (wie Anm. 31), S. 425ff.

<sup>289</sup> HStAD, G 15 Bensheim Nr. M 481.

<sup>290</sup> Volksschulwesen (wie Anm. 100), S. 63.

<sup>291</sup> Ebd.

<sup>292</sup> Hering, Rückblick (wie Anm. 273), S. 11.

Eine weitere Ansicht des Oberhofes, der sich früher im Besitz der Adelsfamilie von Gemmingen befand, stammt von Albin Hermann Georg Strauss aus dem Jahre 1882 (Museum der Stadt Bensheim).



25.000 Mark als Garantiefonds zur Verfügung standen;<sup>293</sup> aber das trug nicht zur Deeskalation des Streites bei, im Gegenteil. Die katholische Seite in diesem Konflikt sah gerade in der vermögenden Unterstützergruppe einen Grund, die Kommunalisierung der alten Höheren Töcherschule zu verhindern.

Die Auseinandersetzung gewann vor allem deswegen an Schärfe, weil einerseits der Bensheimer Gemeinderat den Antrag ablehnte, andererseits die Kreisschulkommission am 25. April 1900 die Wichtigkeit der Schule für die Stadt Bensheim betonte, die nur als erweiterte Volksschule zu sichern sei. Der über die Angelegenheit zu befindende Kreisausschuss schloss sich am 25. März 1901 der Argumentation der Kreisschulkommission an. Dagegen klagte die Stadt Bensheim, so dass es beim Provinzialausschuss der Provinz Starkenburg zu einer Berufungsverhandlung kam. Auch hier fiel die Entscheidung zu Gunsten der Antragsteller, so dass die ehemalige Höhere Töcherschule am 1. Oktober 1903 in eine erweiterte Volksschule, die *Höhere Bürgerschule (Mädchenschule) zu Bensheim*,<sup>294</sup> umgewandelt wurde. Träger dieser Schule wurde ein Kuratorium, in dem der Bürgermeister von nun an den Vorsitz führte. Insofern entstand hier die erste höhere Bildungseinrichtung in Bensheim, bei der es eine kommunale Mitsprache gab.

Die im Zusammenhang mit den verwaltungsrechtlichen Verfahren geführte Auseinandersetzung war nicht nur im eigentlichen Sinne ein Kulturkampf, sondern zeigte auch deutliche Anspielungen auf die Ereignisse nach 1871. So wurde im Starkenburger Boten in mehreren Glossen ein Schlüsselerlebnis im wahrsten Sinne des Wortes erwähnt. Es ging dabei darum, dass Ende 1873 den Altkatholiken des Großherzogtums, also dem abgespaltenen Teil der katholischen Kirche, der das Unfehlbarkeitsdogma von Pius IX. aus dem Jahre 1870 nicht anerkannte, die Mitbenutzung der katholischen Kirchen durch den Staat gestattet wurde. Dieses Ereignis wurde nun im Starkenburger

<sup>293</sup> HStAD, G 15 Bensheim Nr. M 481.

<sup>294</sup> Ebd.

Boten aufgegriffen, indem man schrieb: *Und der Herr, der den Schlüssel sich angeeignet hatte, ist der Führer im Kampfe wegen der ‚höheren evangelischen Töchterschule‘ in Bensheim gegen die überwiegende Mehrheit des Stadtrates und der Einwohner.*<sup>295</sup>

Schon wenige Wochen nach dem am 10. Dezember 1898 gestellten Antrag auf Umwandlung der privaten Höheren Töchterschule in eine kommunale erweiterte Volksschule erschienen im Starkenburger Boten mehrere Artikel, in denen die verschiedenen Argumente gegen die Erfüllung dieses Antrags ausgeführt wurden. Zunächst sprach sich der Autor gegen eine Schule aus, in der die Konfessionen gleich behandelt werden, wie das zumindest vom formulierten Grundsatz her in der Höheren Töchterschule seit deren Gründung der Fall war. Die Katholiken Bensheims müssten *schon jetzt mit aller Bestimmtheit und Unzweideutigkeit klar hervorheben, daß eine paritätische Anstalt, eine konfessionslose Schule sich für die Bensheimer Verhältnisse ganz und gar nicht eignet, da die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ihr abgeneigt ist und zwar aus sehr stichhaltigen Gründen [...] Daß nun ein Freimaurer, selbst wenn er Katholik ist, seine Kinder lieber einer konfessionslosen Schule anvertraut, kann uns bei den Tendenzen der Sekte nicht wundern. Und wenn es ferner kath[olische] Familienväter gibt, die da meinen, daß in einer konfessionellen, von Ordensleuten geleiteten Schule die Kinder ‚einseitig‘ erzogen werden, ja, wie die Aeüßerung gefallen ist, alle Schülerinnen Nonnen (Hu!) werden müßten, dann haben wir für solche Weisheit nur ein mitleidiges Lächeln, denn die Erfahrung, auch in unserer Stadt lehrt, daß die tüchtigsten Frauen der ersten Gesellschaftskreise den Engl[ischen] Fräulein ihre Ausbildung verdanken.*<sup>296</sup>

Der folgende Artikel vom 17. Januar 1899 rückte die Wohlhabenden bzw. die Notlage der sozial Schwachen und den sozialen Frieden ins Zentrum der Argumentation. Wenn die Höhere Töchterschule in eine kommunale erweiterte Volksschule umgewandelt werde, dann müssten *die ohnehin gedrückten Schultern des geringen Mannes* auch noch Ausgaben übernehmen, die eigentlich von den *Wohlhabenden* zu tragen seien. Dies sei *bei den heutigen sozialen Verhältnissen und Stimmungen, wo den ungewissen mit viel Mühe und Schweiß zu erringenden Einkünften der Bauern und Arbeiter die hohen, erst kürzlich wieder merklich vermehrten sicheren Gehalte der besser Situirten gegenüberstehen, wo überall gegen die Besitzenden als*



Die 1872 zumeist von Protestanten gegründete Höhere Töchterschule hatte beim überwiegend katholischen Bensheimer Gemeinderat einen schweren Stand. Foto der Schulklasse von Fr. Erika Schmitt, um 1905 (StadtA Bensheim, Fotosammlung).

<sup>295</sup> Starkenburger Bote vom 21. Dezember 1901.

<sup>296</sup> Starkenburger Bote vom 14. Januar 1899.

gegen die Blutsauger des Volkes der Haß geschürt wird, im Interesse des sozialen Friedens jedenfalls durchaus nicht rätlich. Das Argument wurde in dem folgenden Satz eines unbekanntens Bensheimer zusammengefasst: *Die ‚höheren‘ Töchter überlassen wir dem höheren Geldsack ihres Herrn Papa.*<sup>297</sup> Als drittes Argument gegen die Umwandlung der Höheren Töchterschule wurde am 21. Januar 1899 der Schutz des Institutes der Englischen Fräulein genannt: *Wir können unsere Erörterung nicht schließen, ohne noch einen anderen Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt zu haben. Es ist die Pietät (dankbare Rücksichtnahme) gegen eine Anstalt, die seit mehr denn 4 Jahrzehnten die meisten Töchter unserer vornehmen Familien verschiedener Konfessionen gebildet und erzogen hat.*<sup>298</sup>

Dagegen versuchten die Unterstützer der Umwandlung eine weltliche Perspektive aufzuzeigen. Der Kreisrat z.B. betonte, er habe nichts gegen eine gemeinsame Schule von katholischen und evangelischen Mädchen, nur dürfe diese nicht von Ordensschwwestern geleitet werden.<sup>299</sup> Der Kreisschulinspektor Johannes Karg sprach sich wegen der äußerst geringen Kosten für die Umwandlung aus.<sup>300</sup>

Und auch die Antragsteller betonten, dass kein finanzielles Risiko für die Stadt Bensheim bestünde, weil ausreichende Garantieleistungen vertraglich vereinbart seien. Man vermied sehr sorgfältig, den konfessionellen Fehdehandschuh aufzuheben und in eine antikatholische Argumentation zu verfallen, die über die grundsätzliche Ablehnung einer Erziehung durch Ordensschwwestern hinausging. Tatsächlich musste den Antragstellern bei der künftigen Konstruktion der Höheren Bürgerschule (Mädchenschule)<sup>301</sup> auch klar sein, dass diese nun von Katholiken in gewisser Weise mit zu tragen war, sollte doch der in Bensheim bis dahin immer katholische Bürgermeister den Vorsitz im Kuratorium übernehmen. Genau diese Öffnung versuchte das Institut der Englischen Fräulein zu vermeiden, das natürlich einen gleichen Antrag auf kommunale Übernahme im Rahmen einer Umwandlung zu einer erweiterten Volksschule hätte stellen können. Damit hätte das Institut der Englischen Fräulein aber seinen dezidiert konfessionellen Anspruch aufgeben müssen. Das wollte es nicht, und das war auch sein gutes Recht. Nur konnte daraus nicht abgeleitet werden, dass ein solcher Antrag überhaupt unstatthaft war.

Insofern zeigt dieser letzte große konfessionelle Streit in Bensheim, dass es hier tatsächlich um ein Säkularisierungsproblem ging. War schon die 1872 von Protestanten gegründete Höhere Töchterschule von ihrer Satzung her eine Simultanschule, so verlor die Höhere Bürgerschule (Mädchenschule) – das heutige Goethe-Gymnasium – diesen konfessionellen Stallgeruch auf Dauer ganz – genau wie die anderen öffentlichen Schulen Bensheims.

## Konflikte zwischen evangelischen Gemeinden und Fortbildungsschule

Zum Schluss muss dem möglichen Missverständnis vorgebeugt werden, als hätte es mit der evangelischen Kirche keine Säkularisierungskonflikte von der Art gegeben, wie sie in der geschilderten Weise mit und in der katholische Kirche aufgetreten sind. Auch die Staatsbehörden im insgesamt und traditionell protestantischen Großherzogtum Hessen haben lange an der staats-erhaltenden Rolle der positiven Religion festgehalten. So formulierte der Direktor des Darmstädter Oberstudienrats, Justin T. B. von Linde, in seiner Darstellung des hessischen Unterrichtswesens 1839: *Der Mittelpunkt aber, von dem ausgegangen werden muss, ist die Religion, und zwar in christlichen Volksschulen die christlich-positive.*<sup>302</sup> Das galt für Katholiken wie Protestanten gleichermaßen. Am Beispiel des 1854 vom Gymnasium entfernten Zeichenlehrers Rückert kann sogar im Hinblick auf Bensheim bzw. die Nachbarorte Zwingenberg und Auerbach aufgezeigt werden, dass es hier um ähnliche Probleme ging.

<sup>297</sup> Starkenburger Bote vom 17. Januar 1899.

<sup>298</sup> Starkenburger Bote vom 21. Januar 1899.

<sup>299</sup> Starkenburger Bote vom 26. November 1901.

<sup>300</sup> Starkenburger Bote vom 23. November 1901.

<sup>301</sup> HStAD, G 15 Bensheim Nr. M 481.

<sup>302</sup> Linde, Übersicht (wie Anm. 61), S. 6.

Ludwig Rückert, der seit 1851 an der vom Bensheimer Gewerbeverein getragenen Handwerkerschule Zeichenunterricht gab, arbeitete dort auch nach seiner Entlassung aus dem gymnasialen Schuldienst im Jahre 1854 weiter. Aber auch hier verursachte er Beschwerden. Am 8. April 1861 wandte sich das evangelische Dekanat Zwingenberg an den Gewerbevereinsvorsitzenden Krauß und klagte darüber, dass Rückert seine Unterrichtsstunden dazu mißbrauche, Unterredungen über religiöse Gegenstände mit seinen Schülern zu führen, durch welche Geringschätzung und Zweifel gegen biblisch-christliche Wahrheiten bei den Schülern hervorgerufen würden. Desfallsige Erkundigungen von Seiten des Decanats haben bestätigt, daß diese Beschwerden nicht ohne Grund sind.<sup>303</sup>

Eine zweite überlieferte Beschwerde von evangelischer Seite wurde am 4. Juli 1874 vom Kirchenvorstand in Auerbach geäußert. Er monierte, dass der Zeichenunterricht sonntags während des Gottesdienstes stattfand. Darauf antwortete der damalige Gewerbevereinsvorsitzende Gustav Müller am 23. Juli 1874: *Sache der Eltern oder Lehrherrn der betreffenden jungen Leute ist es, zu entscheiden, ob sie dieselben die von uns dargebotene Gelegenheit zur weiteren Ausbildung wollen benützen lassen oder nicht; und es ist Niemand verhindert, seinen Sohn oder Lehrling stattdessen lieber in die Katechismuslehre zu schicken. [...] Wenn das Schreiben den Vorwurf erhebt, als ob beabsichtigt werde, die Jugend Deutschlands, das deutsche Heer und Volk der Zukunft, dem kirchlichen Leben und der christlichen Zucht und Sitte zu entziehen und abtrünnig zu machen, so müssen wir uns gegen eine solche Unterstellung entschieden verwahren, sind uns vielmehr bei der Gründung und Instandhaltung der Schule nur eines durchaus Anerkennung verdienenden Strebens bewußt, an welchem uns auch die vielfach, von dieser und jener Seite in den Weg gelegten Hemmnisse, welche erfahrungsgemäß dem Fortschritte auf jedem Gebiete entgegengetreten, nicht irre machen werden.*<sup>304</sup> Offensichtlich hatte der Auerbacher Kirchenvorstand geglaubt, mit einer einfachen Anzeige an die Behörde sei die Handwerkerschule zu schließen. Dagegen wandte der Gewerbevereinsvorstand ein, die Handwerkerschule arbeite schon seit Jahren gut mit der Regierung des Landes zusammen und werde von dieser *in richtiger Würdigung des Zieles*<sup>305</sup> tatkräftig unterstützt. Auch die evangelische Kirche musste nun die Erfahrung machen, dass sie dem Fortschritt im Weg stand und aus den Machtpositionen von Staat und Gesellschaft allmählich verdrängt wurde. Am Ende dieser Epoche stand der Untergang des so genannten landesherrlichen Kirchenregiments, bei dem der Landesherr auch die Landeskirche leitete.

Nach dem Ersten Weltkrieg war im Volksstaat Hessen auch die Volksschule in der Regel eine Simultanschule. In Bensheim blieb als Konfessionsschule nur das Institut der Englischen Fräulein erhalten.

<sup>303</sup> HStAD, G 15 Bensheim Nr. M 245.

<sup>304</sup> Ebd.

<sup>305</sup> Ebd.